

THEMEN DES MONATS

CHINA UND SÜDOSTASIEN NACH DEM WAFFENSTILLSTAND
IN VIETNAM

Folge 8 : Philippinen

Der Waffenstillstand in Vietnam gibt Anlaß zu einer systematischen Überprüfung des Verhältnisses der VR China zu den einzelnen Ländern Südostasiens.

In den Heften für Februar, März, April, Mai, Juni, Juli und August wurden nacheinander Birma, Laos, Kambodscha, Thailand, Malaysia, Singapur und Indonesien betrachtet. In der vorliegenden Nummer wird diese achttellige Serie mit der Untersuchung des Verhältnisses China - Philippinen abgeschlossen.

In einer der nächsten Nummern folgt eine Zusammenfassung, die einerseits die Quersumme der Fakten ziehen soll und in der andererseits einige grundlegenden Fragen zur chinesischen Strategie gegenüber den Ländern Südostasiens debattiert werden.

Beobachtung eines Ritts auf dem Tiger
(China und die Philippinen)

A. Innenpolitische Ausgangslage

I. Der innenpolitische Befund

Am 21.9.1972 hat Ferdinand Marcos durch die Kriegsrechtsproklamation Nr.1081 den Ausnahmezustand verkünden lassen, um "die Demokratie zu retten und eine neue Gesellschaft aufzubauen".

Damit scheint ein neuer Abschnitt in der philippinischen Geschichte eingeleitet zu sein. Und doch sind die Konturen des alten Systems nie deutlicher hervorgetreten als gerade in dem Augenblick, da es eigentlich gilt, sie zu verwischen.

Ziel der "neuen" Politik soll es sein, die noch aus der spanischen Kolonialzeit überkommene feudale Oligarchie, genauer ausgedrückt: die "Faustrechtsdemokratie" der Reichen, zunächst in eine legal verankerte Erziehungsdiktatur umzuwandeln und nach einem gründlichen "Umsturz von oben" schließlich den Zustand einer parlamentarischen Demokratie herbeizuführen, in der die schlimmsten Einkommensdisparitäten, Korruptionsherde und andere soziale Mißstände ausgeschaltet sein sollten.

Seit dem 21.9.1972 ergehen vom Malacanang-Palast immer neue "Präsidentialdekrete", "allgemeine Befehle" und "Instruktionsbriefe", die von der Formel begleitet sind "Ich, Ferdinand E. Marcos, Oberster Befehlshaber aller bewaffneten Kräfte der Philippinen". Es lohnt sich, einige dieser Neuerungsbestimmungen näher zu betrachten, da an ihnen - über die ad hoc-Situation hinaus - gleichsam im Negativabdruck die Schattenseiten der philippinischen sozialen Szenerie deutlich werden.

Von den zahllosen Versuchen des Präsidenten, auf administrativem Wege die "Neue Gesellschaft" zu schaffen, seien hier nur die sechs wichtigsten hervorgehoben:

1. Law and Order-Bestimmungen: Verbot der schwerbewaffneten Privatarmeen, die von Eingeweihten auf nicht weniger als 100 000 Mann geschätzt wurden und die den - quantitativ nur halb so starken - staatlichen Militär- und Polizeiverbänden immer wieder Schwierigkeiten gemacht hatten; "Ablieferung aller Feuerwaffen" (es wurden zwar daraufhin zahlreiche registrierte Waffen abgeliefert; größer dürfte jedoch die Zahl der illegalen "Ausrüstungen" sein, die in den Händen der Besitzer verblieben sind); "Säuberung in Verwaltung, Polizei und Armee", Senkung der Verbrechensrate", Herabsetzung der Preise", Ausrottung der Korruption", Landreform und wie sonstige Parolen noch lauten mögen. Erlassen wurde außerdem ein Ausgehverbot, das um Mitternacht einsetzt und der Verbrechensbekämpfung dienen soll. Scharfe Maßnahmen wurden auch gegen den grassierenden Handel mit Rauschgiften verhängt (öffentliche Hinrichtung eines bekannten Händlers). Ferner ergingen Reinlichkeitsvorschriften (Manila und andere Städte sollen ähnlich sauber werden wie Singapur), Vorschriften zur Hebung der zivilen Moral (Die Miniröcke der Damen sollen länger, die langen Haare der Männer kürzer werden) und disziplinarische Belehrungen (Empfehlungen für richtiges Schlangestehen an Busstationen etc.).

2. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen schaltete Marcos auch die Presse gleich, die bisher als die "freieste" Asiens gegolten hatte. Heute erscheinen nur noch drei englischsprachige Zeitungen, die einen regierungskonformen Kurs verfolgen und deren Redaktionsstab sorgfältig aus dem Heer der arbeitslosen Journalisten ausgewählt wurde.

Zahlreiche Beobachter vermuten, daß die positiven Berichte über Erfolge der Marcosschen Reformen auf die sorgfältige Filterung aller Nachrichten durch die drei Zeitungen zurückgehen. Immer wieder wird



Karte 1 : Die Stellung der Philippinen in Südostasien

beispielsweise gemeldet, daß die Verbrechensrate stark gesunken sei. Spiegeln solche Meldungen die Wirklichkeit wider, oder sind sie Folgen der rigorosen Zensur? Kapitalverbrechen, Korruption und Skandale aller Art jedenfalls sind aus den Schlagzeilen verschwunden.

3. Im Zuge seiner Politik, an die Stelle einer Oligarchie - wenigstens temporär - die Alleinherrschaft zu setzen, ist Marcos nach dem 21.9.1972 auch konsequent dazu übergegangen, seine wichtigsten politischen Gegner zu verhaften. Hinter Gefängnismauern sitzen heute nicht nur Anführer der Studentenunruhen von 1969 und 1970, die für eine Art "Parlament der Straße" gesorgt hatten, sondern auch führende Journalisten der Inselrepublik sowie die wichtigsten politischen Opponenten des Präsidenten, an ihrer Spitze Benigno Aquino, ein Abgeordneter der Liberalen Partei, der sich für 1973 als Gegenkandidat 'Marcos' um die Präsidentenstelle bewerben wollte (1). Mit solchen Maßnahmen hat es Marcos zugleich zuwege gebracht, daß heute im politischen Leben keine realen Alternativen mehr zur Verfügung stehen. Auch insofern wurden also die Partizipationsmöglichkeiten der breiten Masse stark eingeengt.

4. Ferner soll auf lange Sicht das gegenwärtige Präsidialsystem, das von zahlreichen Filipinos als eine

Art Karikatur des amerikanischen Vorbildes angesehen wurde, durch ein System der parlamentarischen Demokratie abgelöst werden. Wie der amerikanische Präsident war auch der philippinische Präsident für die Regierungspolitik stets und allein verantwortlich. Es gab unter ihm keine Minister, die ihren Geschäftsbereich in eigener Verantwortung leiteten. Die Staatssekretäre hatten keine eigenverantwortliche, sondern nur beratende Funktion. Der einzige Gegenspieler des Präsidenten war, wenn man von der richterlichen Gewalt absah, der Kongreß, der sich aus Senat und Repräsentantenhaus zusammensetzte. Nach dem 21.9.1972 vertagte sich der philippinische Senat "sine die" und ebenso das von Marcos beherrschte Repräsentantenhaus. Damit waren auch die "Voraussetzungen" für eine neue Verfassung gegeben, an der die Philippine Constitutional Convention bereits seit 1971 gearbeitet hatte, und die schließlich mit einiger Verzögerung am 29.11.1972 zum Abschluß gebracht wurde.

Die Einführung des parlamentarischen Systems, in dem ein beliebig oft wählbarer Ministerpräsident die Schlüsselrolle einnimmt, war für Marcos schon deshalb zur raison d'être geworden, weil die immer noch geltende Verfassung von 1935 eine dritte Amtsperiode für denselben Präsidenten verbietet. Marcos, der 1965 und 1969 wiedergewählt worden war, hätte also 1973 kein drittes Mal kandidieren können. Zunächst trug er sich

mit dem Plan, seine Ehefrau für das Präsidentenamt kandidieren zu lassen. Inzwischen freilich tauchte die weit elegantere Lösung einer Einführung des parlamentarischen Systems auf, durch das nicht nur die Amtszeit des derzeitigen Präsidenten verlängert, sondern auch der Marcos nie gefügige Senat abgeschafft werden konnte.

Diese Überlegung also - und nicht etwa das Argument, die Philippinen sollten sich endlich von der "kolonialen US-Vergangenheit emanzipieren", dürfte die eigentliche Motivation für die Einführung des "parlamentarischen Systems" abgegeben haben.

Bis es zur faktischen Institutionalisierung des neuen Systems kommt, wird freilich noch geraume Zeit vergehen. Einstweilen ist ein verfassungsmäßiger Schwebestand mit einer zeitlich unbegrenzten Übergangsperiode vorgesehen, bis die neue Verfassung in Kraft tritt. Selbst die ursprünglich vorgesehene Interimsversammlung soll sich einstweilen "auf Wunsch des Volkes" noch nicht konstituieren. So wenigstens haben es die leicht beeinflussbaren 36 000 Bürgerversammlungen beschlossen, die am 17.1.1973 die neue Verfassung ratifizierten. In diesen Versammlungen tauchten u.a. zwei "Volkswünsche" auf, die auf die Abschaffung des in den Übergangsbestimmungen eigentlich vorgesehenen Interimsparlamentes während der Übergangsperiode sowie auf die Hinausschiebung nationaler Wahlen um etwa 7 Jahre gerichtet waren.

Marcos ist aufgrund dieser "Volks"-Bekundungen effektiv zum Alleinherrscher der Inselrepublik geworden und braucht weder auf ein Parlament noch auf ein Interimsremium Rücksicht zu nehmen. Die neue Verfassung ist damit zusammen mit den eigentlich nur für die Übergangsperiode vorgesehenen Beschlüssen der Bürgerversammlungen zu einer Art "Ermächtigungsgesetz" geworden. Er regiert nicht mehr durch verfassungsgemäß erlassene Anordnungen und Gesetze, sondern aufgrund von Akklamationen der Bürgerversammlungen. Der "Wille des Volkes" kommt heute auf den Philippinen also in etwa ähnlicher Form zur Geltung wie seinerzeit unter der "Gelenkten Demokratie" Sukarnos in Indonesien.

5. Um seinen beabsichtigten Reformen auch den nötigen Nachdruck zu verschaffen, will Marcos sich künftig stärker als bisher auf die Streitkräfte stützen, die rd. 34 600 Mann umfassen (2) und die seit 1972 mit loyalen Offizieren aus der Heimatprovinz des Präsidenten, Ilocanos, stammen. Die "Ilocanisierung" des Militärs begann bereits 1972, als 18 Generäle, 20 Obristen und 13 Stellvertretende Obristen entlassen und zugleich ein Gefolgsmann des Präsidenten, Juan Ponce Enrile, zum Verteidigungsminister ernannt wurde.

Mit der Armee ist ein neues Element in die philippinische Politik gekommen. Anders als in Indonesien, wo ja die Streitkräfte schon seit Beginn

der Republik eine "Doppelfunktion" wahrzunehmen hatten und insofern stark politisiert waren (Näheres dort A I/2) standen die philippinischen Streitkräfte lange Zeit in der amerikanischen Tradition strikter Trennung von ziviler und militärischer Gewalt. Man kann - mit David Würfel - sogar sagen, daß die philippinische Armee bis vor kurzem "eine der am wenigsten politisierten Armeen in Südostasien" war (3).

Sieht man von einem kurzen "politischen Intermezzo" zur Zeit des Kampfes gegen die Huk unter Magsaysay ab, so sind die Streitkräfte überhaupt erst unter Präsident Marcos in eine politische Rolle hineinkomplimentiert worden, und zwar zunächst im Rahmen der Durchführung des von 1967 bis 1970 laufenden Vierjahresplanes. Eine ausgesprochene "Law and Order"-Verantwortung übernahm die Armee freilich erst, seit Marcos ihr mit seinen "Orders" Nr.10 und 11 vom 30.9.72 die ganze Verantwortung für die "Unterdrückung krimineller Konspirationen sowie für die Ausrottung der weitverbreiteten Gesetzlosigkeit, Anarchie, Unordnung und Zerstörungswut" auferlegte und - damit Hand in Hand - die monatliche Bezahlung der bisher schlecht entlohnten Truppen wesentlich erhöhen ließ (4).

Mit diesen Verordnungen ist die Armee voll in das Rampenlicht der Politik getreten, zumal sich nun auch der Verteidigungshaushalt mit 648 Mio. Pesos (=92,3 Mio. US-\$) auf immerhin rd. 10 % des 7,4 Mrd. Pesos umfassenden Gesamthaushalts beläuft (5).

Obwohl das philippinische Offizierskorps keineswegs homogen ist, scheint Marcos es doch verstanden zu haben, sich die Loyalität der führenden Offiziere zu sichern, zumal er ja - wie bereits erwähnt - im Frühjahr 1972 ein umfangreiches "Ilocanisierungs - Revirement" des Offizierskorps durchgeführt hat. Zwei weitere Elemente dürften sich auf die Politisierung und auf das Loyalitätsdenken des Offizierskorps auswirken: Einmal hängt ja der Aufstieg in der Armee von der Patronage des Präsidenten selbst ab, der alle Offiziere vom Rang eines Obersten an persönlich ernannt. Ferner ziehen sich die Offiziere seit einigen Jahren schon Mitte der Vierzig vom aktiven Militärdienst zurück und schwenken dann häufig zur Politik über, wo sie in der Regel zu Befürwortern der bestehenden Zustände werden. Nicht zuletzt aber ist es ganz einfach die pragmatische Besoldungserhöhung und die Anhebung des sozialen Stellenwerts des Berufssoldaten, der dem Regime Marcos bei den Militärs Sympathien verschaffen dürfte.

Mit dem Aufstieg einer ganz auf "Gesetz und Ordnung" bedachten neuen sozialen Gruppe aber, die - falls das Regime es wünscht - auch an der Bewahrung des Status quo mitarbeitet, könnten neue Momente der Verschärfung zwischen innovationsbedachten Kräften und den beharrenden Elementen an der Spitze eintreten. Da das Militär kein Staat im Staate ist, sondern seine Rolle instrumental begreift, wird es letzten Endes vom Reformwillen des Regimes Marcos abhängen, ob die Armee zu einem Konfliktsfaktor oder aber zum Stabilisator im Rahmen einer änderungswilligen Sozialpolitik

Karte 2: Provinzen der Philippinen



- | | | | |
|-------------------|-----------------------|-------------------------|------------------------|
| 1. Batanes | 18. Cavite | 32. Agusan | 44. Occidental Mindoro |
| 2. Cagayan | 19. Laguna | 33. Davao | 45. Oriental Mindoro |
| 3. Ilocos Norte | 20. Batangas | 34. Cotabato | 46. Romblon |
| 4. Abra | 21. Quezon | 35. Bukidnon | 47. Masbate |
| 5. Ilocos Sur | 22. Marinduque | 36. Misamis Oriental | 48. Aklan |
| 6. La Union | 23. Camarines Norte | 37. Lanao del Sur | 49. Capiz |
| 7. Mountain | 24. Camarines Sur | 38. Lanao del Norte | 50. Iloilo |
| 8. Isabela | 25. Catanduanes | 39. Misamis Occidental | 51. Antique |
| 9. Nuev a Vizcaya | 26. Albay | 40. Zamboanga del Sur | 52. Negros Occidental |
| 10. Pangasinan | 27. Sorsogon | 41. Zamboanga del Norte | 53. Cebu |
| 11. Nueva Ecija | 28. Samar | 42. Sulu | 54. Bohol |
| 12. Tarelac | 29. Leyte | 43. Palawan | 55. Negros Oriental |
| 13. Zambales | 30. Surigao del Norte | | |
| 14. Bataan | 31. Surigao del Sur | | |
| 15. Pampanga | | | |
| 16. Bulacan | | | |
| 17. Rizal | | | |

wird.

6. Mit der angestrebten Reform des Einkommenssystems schließlich ist das heißeste Eisen des philippinischen Sozialsystems berührt. In keinem anderen Land Südostasiens sind ja die Güter so ungleich verteilt wie auf dem durch Bodenschätze und Bodenfruchtbarkeit gesegneten Archipel. Die Disparitäten zeigen sich besonders bei den ländlichen Pachtverhältnissen (a), bei der Entlohnung der Plantagenarbeiter (b), aber auch in der Kluft zwischen reich und arm in den Städten (c).

a. Das Pachtsystem

Etwa 40 % der "Pflüger" - in überbevölkerten Regionen wie Mittelluzon nördlich von Manila sogar 60 % - bebauen keinen eigenen Grund und Boden, sondern leben als Pächter und haben in dieser Eigenschaft teilweise bis zu 80 % der Ernteerträge an den Grundbesitzer abzuführen. Nicht zu Unrecht bezeichnen philippinische Kommunisten ihre - ja noch überwiegend bäuerliche - Gesellschaft als "semifeudalistisch", insofern nämlich die Produktionsverhältnisse zwischen Grundbesitzern und Pächtern durch Unterdrückung und Ausbeutung vonseiten der Hacenderos charakterisiert seien (6). Das Pachtsystem, das vom spanischen Encomienda-Prinzip (7) abgeleitet ist, schreit geradezu nach einer Agrarreform, die zwar schon mehrfach versucht (8), aber noch nie mit durchschlagendem Erfolg realisiert worden ist. Auch die Versprechen der Regierung Marcos von 1966, den Erntegewinn zwischen Pächtern und Grundbesitzern im Verhältnis von wenigstens 70 : 30 aufzuteilen, wurden nie verwirklicht. Von über 1 Mio. ha Land, die durch rd. 450 000 Pachtbauern bestellt werden, waren bis 1972 nur etwa 30 000 ha von den Reformen berührt worden. Selbst die beiden früheren, der Bauernschaft so nahestehenden Präsidenten Magsaysay und Macapagal (9) konnten mit ihren Reformansätzen nichts gegen die Interessen der Großgrundbesitzer ausrichten.

Bei diesen Latifundien-Inhabern, die zum Teil identisch sind mit den 400 aus spanischer und amerikanischer Kolonialzeit überkommenen Millionärsfamilien des Inselreichs, liegt auch das eigentliche Hemmnis für die geplanten Reformen. Die oft zitierten "400 Familien" beherrschen ja nicht nur die philippinische Wirtschaft und besitzen rd. 80 % der durch Abnahmegarantien amerikanischer Firmen begünstigten Zuckerplantagen, sondern sind in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse auch darauf bedacht, ihre wirtschaftliche Macht gegen Reformansätze aller Art auf der politischen Bühne einzusetzen.

Seit dem Beginn der "Neuen Gesellschaft" im September 1972 will die Regierung nun energisch das Problem der Landreform anpacken. Im Anschluß an die Proklamation des Kriegsrechts vom 21.9.72 wurde ein großer Teil des Landes zum "Landreformgebiet" erklärt und ein ansehnlicher Betrag zur Finanzierung verschiedener Rehabilitierungs- und Entwicklungsprogramme freigestellt. U.a. stockte

man zu diesem Zweck das Grundkapital der staatlichen Philippine National Bank (PNB) von 0,3 Mrd. auf 1,0 Mrd. Philippinische Pesos auf (1 Peso = 0,15 US \$, also ca. 150 Mio. US \$).

Die Reform soll - nach 333 Jahren spanischer, 47 Jahren amerikanischer und 26 Jahren philippinischer Herrschaft - nun endlich dazu führen, nicht weniger als einer Dreiviertelmillion Pächterfamilien eigenes Reis- und Maisland zu sichern

Von d. Reformprogrammen betroffene Gebiete	Fläche in ha	Anzahl d. betroffenen Bauern
1. in Pacht vergebene Ländereien*1	300 000	650 000
2. Großgrundbesitz x)	105 000	41 121
3. Altsiedlungen +)	503 180	30 125
4. Für Neubesiedlung vorgeseh. §)	440 000	30 000
Insgesamt	2 348 180	751 246

*) Hier handelt es sich um von den Pachtbauern entsprechend dem Ernteteilungsverfahren oder gemäß Pachtverträgen bearbeitete Gebiete. In diesem Programm sollen nur private landwirtschaftliche Flächen, die vorwiegend dem Reis- oder Maisanbau dienen, bearbeitet werden.

x) Hier handelt es sich um private landwirtschaftlich nutzbare Ländereien, die zwecks Neuverteilung an Pachtbauern von der Regierung erworben wurden.

+) Hier handelt es sich um Siedlungsprojekte, die die Regierung für noch unter ihrer Verwaltung und Leitung stehende öffentliche Ländereien entwickelt hat.

§) Hier handelt es sich um öffentliche Ländereien, die entweder für Siedlungszwecke schon vorgesehen oder für derartige Zwecke geeignet sind (Zahlen geschätzt). (10)

Nach der eingeleiteten Agrarreform soll der Landbesitz pro Kopf auf 7 ha beschränkt werden. Die praktische Verwirklichung dieser Reformmaßnahmen stößt allerdings auf zwei erhebliche Schwierigkeiten:

- Was den Administrativapparat anbelangt, so bestehen einerseits noch keinerlei praktische Erfahrungen, zum anderen ist fraglich, ob er sich mit rein bürokratischen Mitteln gegen die Interessen der "Illustrados" durchsetzen kann, zumal die Anfälligkeit für Bestechungen aller Art trotz der zahlreichen Entlassungen korrupter Beamten noch keineswegs verschwunden sein dürfte.

- Außerdem wären nach Ansicht von Experten etwa 300 Mio. US \$ nötig, um das Reformprogramm überhaupt in Gang zu bringen - und zusätzlich ungefähr eine weitere Milliarde, um es in etwa 15 Jahren erfolgreich durchzuführen (11). Selbst wenn nämlich die Landreform den Bauern eigenes Land verschafft, fehlt ihnen doch das Geld zum Ankauf von Düngemitteln und Saatgut, die ja bisher von den Grundbesitzern gestellt worden sind. Auch die Landbanken haben kaum Geld für einen Kleinbauern, und überdies fehlen diesem die Erfahrungen für die gleichzeitig mit den Landreformbestimmungen verordneten Genossenschaften. Auch besitzen Pächter und Plantagenarbeiter, die bisher mit 80 - 125 US \$ im Jahr auskommen mußten, kaum eigene Initiative für größere Anschaffungen und Unternehmungen. Gelähmt durch Jahrhunderte der Fronarbeit könnten sie nur mit Hilfe großangelegter Massenmobilisierung aus ihrer Lethargie herausgerissen werden.

Noch ein weiterer Bremsklotz ist in das Landreform-

programm eingebaut: Die Reform soll sich zunächst nur auf Reis- und Maisland erstrecken, dagegen nicht auf die Zuckerrohrlatifundien und die großen Kokosnußplantagen, die den Reichen gehören und die in der gewinnbringenden Außenhandelsstrategie z.B. Platz 2 und Platz 4-6 (Kopra, Kokosöl, Kokosraspeln) einnehmen (12).

b. Besonders erschütternd ist die Ausbeutung des kleinen, meist analphabetischen Landarbeiters, die sich aus der Mikroperspektive eines Gewerkschaftsführers folgendermaßen ausnimmt:

“1960 erhielten wir pro Arbeiter etwa 3 Pesos pro Tag; zu dieser Zeit kosteten 2 kg Reis 1 Peso. Heute ist der Reispreis auf 3 Pesos gestiegen, während wir nunmehr theoretisch 6-8 Pesos verdienen sollen Doch selbst diese Einkommensziffer besagt nur wenig; denn man muß sie durch Zwei teilen, da die Arbeit in den Zuckerplantagen lediglich ein halbes Jahr dauert Nehmen wir nun den Fall eines Haciendero. Die Mehrheit der Haciendas beginnt bei 50 ha und steigert sich manchmal bis auf 1000 ha. Die Bestellungskosten pro ha belaufen sich durchschnittlich auf 2 000 - 2 600 Pesos. Ein Hektar liefert pro Jahr rd. 150 Piculs (1 Picul = 63 kg)..... Bei einem Preis von 70 Pesos für 1 Picul verdient der Eigentümer also pro Hektar 5 000 Pesos. Ist eine Hacienda also 200 ha groß, so verdient der Haciendero 1 Mio. Pesos, während seine 100 Landarbeiter sich 90 000 Pesos teilen müssen!” (13);

Auf Kosten von rd. 400 000 Plantagearbeitern sind also wenige Zuckerbarone zu Reichtümern unerhörten Ausmaßes gekommen.

c) Nicht nur auf dem Land freilich, wo rd. 80 % der philippinischen Bevölkerung leben, steht es um die Belange des einfachen Volkes schlecht, sondern auch in den Städten.

Wie es um die Einkommensverteilung bestellt ist, zeigt folgendes “ökonomische Profil” des Jahres 1972:

2,6 % aller Filipino-Familien verdienen über 10 000 Pesos (= 1 538 US \$) und mehr; 6,8 % verdienen 5-10 000 Pesos (=799-1538 US \$); 13,5 % verdienen zwischen 3 000 und 5 000 Pesos (= 461-799 US \$) und der Rest, d.h. 77,1 % der Bevölkerung, verfügt über ein Einkommen von weit unter 3 000 Pesos (461 US \$), wobei 11,7 % mit weniger als 500 Pesos (=76 US \$) auskommen müssen (14). Überdies sind neun Zehntel des Nationalvermögens in der Hand von nur etwa einem Zehntel der Bevölkerung konzentriert.

Die steilen Einkommens- und Vermögensunterschiede wirken sich auch auf Bildungs- und Berufschancen aus:

Die Familien mit Spitzeneinkommen, also die erwähnten 2,6 %, legen jährlich etwa 1000 Pesos (153 US \$) und mehr an, um ihre Kinder erziehen zu lassen (die 6,8 %: 343 Pesos; die 13,5 %: 140-240 Pesos; der “Rest”: 3,50-35 Pesos). Da die Durchschnittsgebühr für höhere Schulen jährlich mindestens 135 Pesos und für Hochschulen 300 Pesos betragen (für Qualitätsschulen aber 600 Pesos pro Jahr bzw. 1000 Pesos

je Hochschulsemester), können eigentlich nur die Spitzenfamilien (die 2,6 %) ihren Kindern eine vollwertige Ausbildung zukommen lassen.

Auch haben die Reichen bessere Berufsaussichten: Von den 1 007 133 Philippinern mit College-Bildung konnten 1966 nur 60,6 % einen Beruf finden. Von den 1 028 306 Schülern mit höherer Bildung nur 78 %. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß die meisten der “Beschäftigten” keine ihrer Ausbildung adäquate Anstellung bekommen konnten.

Unbeschäftigt waren von etwa 12,5 Mio. potentiellen Arbeitskräften 1972 1,1 Millionen. Von den Beschäftigten sind 5 Mio. verdeckt unterbeschäftigt (15).

Auch der Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes wird diese düstere Gesamtsituation nicht über Nacht ändern können, zumal das Gesetz die Gewerkschaften der staatlichen Autorität unterstellt.

Nirgends tritt das Gefälle zwischen arm und reich so deutlich hervor wie in Macati, einem Vorort von Manila, in dem die Reichen - bis vor kurzem von ihren Privatarmeen bewacht - einem unvorstellbaren Luxus frönen, während nur wenige hundert Meter weiter der Durchschnittsfilipino mit seiner sechs- bis zehnköpfigen Familie und seinen wenigen Pesos in einer wackligen, aus Holz und Blechteilen bestehenden Hütte lebt, an deren Außenseite vielleicht noch ein Coca-Cola-Reklameschild angebracht ist.

Trotz des ohnehin so niedrigen Einkommens der breiten Volksmassen stiegen in den letzten Jahren zu allem Unglück noch die Preise. Nach vorübergehender Selbstversorgung mit dem Grundnahrungsmittel Reis auf der Basis der “Wundersaat” in den Jahren 1969 und 1970 mußte das Land bereits 1971 wieder zur Einfuhr von nicht weniger als 460 000 t Reis aus den Nachbarländern übergehen. Gegenüber den Vorjahren stiegen die Preise im Jahre 1971 deshalb um 50-60 %. Zwar waren für den Rückgang der Reisproduktion die 17 Taifune des Jahres 1971, die Viruskrankheit “Tungro”, die Verluste durch Ratten und Heuschrecken, verstärkter Zuckerrohranbau, Erweiterung der Bananenbauflächen und Brachliegen von Reisland auf Mindanao (Aufstände der Moslems!) mitverantwortlich; doch spielt in diesem Verknappungszusammenhang auch die jährliche Bevölkerungszunahme von 3,5 % eine bedeutende Rolle. Jedes Jahr müssen folglich 1,2 Mio. Menschen mehr versorgt werden, -eine Entwicklung, die schwere Probleme für Nahrungsmittelversorgung, Arbeitsplatzbeschaffung, Wohnungsbau, Bildung usw. verursacht. Unter diesen Umständen ist es insbesondere kein Wunder, daß die Knappheit an Wohnraum, vor allem im Bereich Groß-Manilas - katastrophale Ausmaße angenommen hat. Mehr als 800 000 Menschen leben dort in Slums und bilden eine ständige Brutstätte für Krankheit und Verbrechen, geben aber auch ein immer wirkungsvolleres Potential für die Forderung nach revolutionären Veränderungen ab.

Die Marcos-Diktatur steht heute unter Erfolgszwang. Sie wird sich auf längere Zeit nur halten können, wenn sie die “Herzen des kleinen Mannes” mit wirklich grundlegenden und wirksamen Reformmaßnahmen

zu gewinnen vermag, die auch zu einer Änderung der Distributionsverhältnisse führt.

II. Widerstandsbewegungen

Die sozialen Mißstände, wie sie oben im einzelnen beschrieben wurden, haben zu organisierten Widerstandsbewegungen geführt, die freilich sehr ungleich über die 7 100 Inseln der Philippinen verteilt sind.

Im wesentlichen sind es drei Gebiete, in denen sich der Widerstand konzentriert, nämlich erstens in Zentralluzon (Huk-Bewegung), zweitens im mohamedanischen Süden und drittens in der Hauptstadt Manila, wo vor allem großangelegte Studentenbewegungen dafür sorgten, daß die soziale Frage nie in Vergessenheit geriet.

1. Die kommunistische "Huk"-Bewegung in Zentralluzon

Die kommunistische Bewegung der Philippinen erwuchs auf dem Humus bäuerlicher Unzufriedenheit. Wie Luis Taruc, der ehemalige Huk-Führer, es ausdrückt, hatten "die Bauern jahrhundertlang den Ruf 'Land für die Landlosen' auf den Lippen. Der Hunger der Bauern nach eigenem Land ist stets das drückendste Problem unserer Nation gewesen. Dies hat zu der allgemeinen Auffassung in unserm Volk geführt, daß soziale Gerechtigkeit nur auf zwei Wegen zu erreichen ist: entweder durch Landreform oder durch Revolution. Unsere Geschichte der vergangenen vier Jahrhunderte besteht aus einer Kette von einander folgenden Aufständen, deren eigentlicher Grund stets der bäuerliche Hunger nach Land war" (16).

Die ersten von dieser Unzufriedenheit beflügelten Organisationen der Bauern entstanden dort, wo die Kluft zwischen Grundbesitzern und Pächtern bzw. Landarbeitern am tiefsten war, nämlich auf der Hauptinsel Luzon. 1919 entstand hier die "Vereinigung der Pächter", die 1924 als "Nationale Vereinigung der Philippinischen Bauern" (National Union of Peasants of the Philippines) bekannt wurde.

Etwa zur gleichen Zeit kam es in den Städten zu Arbeiterkongressen, die Verbindung mit Moskau aufnahmen.

Aus der Verbindung von städtischem und bäuerlichem Proletariat entstand dann - unter Mitwirkung der amerikanischen KP sowie der Komintern - am 26.8.1930 die KPPH unter Führung des in Moskau ausgebildeten Crisanto Evangelista. Ähnlich wie in China war die vornehmlich auf den städtischen Bereich konzentrierte KPPH erfolglos. Erst 1938 besann man sich auf die Bauern und baute eine starke Basis in Zentralluzon auf. Diese Wanderung der Revolution aufs Dorf erhielt ihren entscheidenden Anstoß, als die Japaner 1942 Manila eroberten, den bisherigen KP-Vorsitzenden Evangelista exekutierten und damit die Voraussetzung für eine neue Führung schufen, die bäuerlich orientiert war. Bis 1942 hatte der Kampf der KPPH einen ausgesprochen sozialrevolutionären Charakter getragen, insofern es

immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen zwischen organisierten Bauern und den Privatarmeen der Großgrundbesitzer kam. Nun trat auch noch ein nationales Element hinzu, das seinen deutlichsten Ausdruck in der Gründung einer "Anti-Japanischen Armee des Volkes" fand (Hukbo ng Bayan Laban sa Hapon, kurz: Huk). Zum Organisator der Huks, also sozusagen zum philippinischen Trotzki, wurde der damals 29-jährige Luis Taruc, dem die Partei ihr Militärkomitee unterstellte. Die Huk-Armee wurde in Pampanga (Karte 3) organisiert, einer Provinz am Fuße des Berges Aryat, der die Zentralebene von Luzon beherrscht und der seit Jahrhunderten Schlupfwinkel für Ausgestoßene und Gesetzlose gewesen war.

Ähnlich wie die zur gleichen Zeit gegen Japan kämpfenden chinesischen Kommunisten verstanden sich die Huks nicht nur als Militärs, sondern auch als Sozialreformer. Sie gingen deshalb nicht nur gegen die Japaner vor, sondern auch gegen die mit ihnen kollaborierenden Gutsbesitzer, übten eigene Justiz, bauten in den Basisgebieten lokale Regierungen auf und versuchten, die Landreform anzupacken. Da die Gutsbesitzer unter diesen Umständen allenthalben das offene Land verließen und sich in die Städte zurückzogen, waren die ländlichen Gebiete bald ausschließlich in der Hand der ehemaligen Pächter und Landarbeiter, vor allem gegen Ende des Zweiten Weltkrieges.

Nach dem Krieg freilich kamen Kräfte an die Regierung, die den Status quo ante wiederherzustellen versuchten. Vor allem drängten die Gutsbesitzer wieder zurück auf ihre Ländereien und heurten zu diesem Zweck umfangreiche Privatarmeen an. Die Huks, die ihre Waffen nun ganz besonders dringend brauchten, setzten ihre Hoffnung auf die nationalen Wahlen, die für 1946 angesetzt waren. Zwei Parteiverbände stellten die Kandidaten: auf der einen Seite die Liberale Partei, mit Manuel Roxas an der Spitze, die die Grundbesitzerinteressen vertrat und deren Mitglieder auch in der von Japan protegierten "Philippinischen Republik" mitgearbeitet hatten. Auf der anderen Seite stand die "Democratic Alliance", der u.a. die nationalen Parteien sowie die kommunistischen Vertreter angehörten. Die Liberalen gewannen die Wahl und sorgten dafür, daß die sechs gewählten Alliance-Kandidaten, unter denen sich auch der Huk-Chef, Luis Taruc, befand, ihr Mandat nicht anreten konnten. Die Huks waren also zweifach vor den Kopf gestoßen worden: nicht nur durch das eigenmächtige Vorgehen der Großgrundbesitzer, sondern auch durch Manipulationen der Wahlsieger. Unter diesen Umständen blieb ihnen, wollten sie nicht von vornherein kapitulieren, gar nichts anderes übrig, als den Weg des bewaffneten Widerstandes von den Barrios und Wäldern aus zu starten. Unter Führung des Parteivorsitzenden Vicente Lava, der nach der Hinrichtung Evangelistas an die Spitze der Partei gerückt war, und des Huk-Kommandanten Luis Taruc begann ein jahrelanger Kampf, der auf kommunistischer Seite zunächst reelle Chancen zu haben schien: 1950 hatte die KPPH immerhin 19 000 Mitglieder. Die Hukverbände zählten 12 000 Mann, und außerdem

gab es noch etwa 100 000 Sympathisanten. 1949/50 hatten die Verbände bereits die Randzonen von Zentralluzon und den größten Teil von Südluzon erobert und schickten sich Ende 1950 an, in die Hauptstadt Manila vorzustößen. Taruc hoffte darauf, daß die Aufständischen in der Stadt seinen Truppen entgegenarbeiten würden. Doch da ereignete sich ein vernichtender Rückschlag: Im Oktober 1950 nämlich wurde das gesamte Politbüro in Manila ausgehoben (17).

Dieses für die kommunistische Bewegung katastrophale Ereignis hatte mehrere Gründe: Kurz vorher hatte das Politbüro - parallel zum ausbrechenden Korea-Krieg - den Entschluß gefaßt, das "Tempo anzuziehen". Die meisten KPPH-Mitglieder waren damals in einer Stimmung des Aufbruchs und glaubten, der Sieg läge greifbar nahe, obwohl die 15 000 Huk-Kämpfer (18) nur mangelhaft ausgerüstet waren (19). Die KPPH-Führung war - beflügelt von ihren bisherigen Erfolgen - unvorsichtig geworden. Daneben gab es noch eine zweite Ursache: Am 1.9.1950 nämlich war der ehemalige Guerillaführer, Ramon Magsaysay, zum Verteidigungsminister ernannt worden und hatte mit einer großen Anti-Huk-Kampagne begonnen. Magsaysay, der spätere Präsident, ein homo novus, der nicht aus der *Ilustrado*-Klasse stammte, kannte seine Bauern und war sich darüber im klaren, daß es galt, die Huks nicht nur - wie es bisher stets geschehen war - mit militärischen Terrormaßnahmen zu bekämpfen, sondern ihre Existenzberechtigung mit einem breitgefächerten Angebot von sozialreformerischen Maßnahmen in Frage zu stellen. Die Aushebung des Politbüros war der Anfang vom Ende. Die Huks mußten nun eine Niederlage nach der anderen einstecken, so daß schließlich auch Luis Taruc im Mai 1954 den Kampf aufgab und sich freiwillig den Behörden stellte. Damit schien die kommunistische Bewegung auf den Philippinen mit den Wurzeln ausgerottet, zumal sie 1957 noch für illegal erklärt wurde.

Durch Magsaysay waren jedoch nur die Symptome, nicht aber die Ursachen für die kommunistische Bewegung beseitigt worden. Mit der Neuorganisation der Armee hatte er zwar den heruntergekommenen philippinischen Truppen den Rücken gestärkt. Außerdem wollte er mit Hilfe seiner "Economic Development Corporation" (EDCOR) wenigstens für eine begrenzte, dem einzelnen philippinischen Bauern zugute kommende Landreformpolitik sorgen (20). Doch diese Ansätze blieben schon bald wieder stecken. Victor Liebermann gibt dafür eine plausible Erklärung: Magsaysays Maßnahmen lagen ganz auf der Linie der anti-kommunistischen Kreuzzugspolitik der damaligen McCarthy-Zeit. Magsaysay hatte unter diesen Umständen etwa denselben Stellenwert für die Philippinen wie Diem für Südvietnam und Syngman Rhee für Korea. "Was Magsaysay wirklich erreichte, war die Ausschaltung der revolutionären Führungselite durch Gewalt und die Zerstörung

der bäuerlichen Solidarität durch konkret gezielte Hilfsmaßnahmen" (21). Im übrigen aber hatte sich der New Deal der Sozialpolitik bald wieder im Sande verlaufen.

Trotz der weiterbestehenden revolutionären Situation war die Huk-Bewegung so zerrüttet worden, daß sie keine bedeutsame Rolle mehr spielen konnte. Unter der Leitung von Jesus Lava, der nach 1950 (also nach der Verhaftung des Politbüros) an die Stelle seines Bruders Jose Lava trat, versuchte die KPPH mit ihrer 1956 noch etwa 700 Huk-Reguläre zählenden Armee sowie mit Hilfe subversiver Aktivitäten unter den Studenten in Manila zu einer Renaissance zu gelangen. Doch nahmen diese Aktivitäten, vor allem auf dem Lande, vielfach kriminelle Züge an und wurden von den revolutionär gebliebenen Mitgliedern der Partei mit wachsendem Unbehagen beobachtet.

Aus dieser zwiespältigen Situation heraus begannen sich die Keime für eine ganz neue kommunistische Bewegung zu entwickeln, die nun nicht mehr Moskau, sondern Peking zur Richtschnur nahm.

Besonders bedeutungsvoll hierbei war, daß sich die Kämpfer und Sympathisanten dieser Erneuerungsbewegung zu einem Teil aus jungen Intellektuellen, vor allem aus Studenten rekrutierten. Die Führung stammt aus der obersten gesellschaftlichen Schicht der Philippinen. Parteichef Jose Maria Cison (alias Amado Guerrero) ist z.B. Abkömmling eines Großgrundbesitzers aus der Provinz Ilocos Sur (Nr.5 auf Karte 2) und Neffe eines Erzbischofs. Lt. Victor Corpus, der 27-jährige NVA-Kommandant, ist Absolvent der philippinischen Militärakademie und Sohn eines Generalleutnants der Armee. Der 19-jährige Gary Olivar ist ein Enkel des letzten Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Ericson Baculinao (21 J.), Lorena Barros (23 J.) und Flue Ortigas (20 J.) stammen ebenfalls aus der philippinischen "Haute volée". Das einzige Spitzenmitglied mit wirklich proletarischem Hintergrund ist Bernabe Buscayno (31 J.), der in Zentralluzon als "Commander Dante" wirkt und den Ruf eines philippinischen Robin Hood hat. Ursprünglich NVA Chef, mußte er wegen einer schweren Erkrankung seine Stellung an Corpus abtreten (22). Cison, der während seines Studiums in Indonesien mit den Werken Maos Bekanntschaft geschlossen hatte, wirkte zunächst als Lehrer für Literatur und Sozialwissenschaft an der Universität der Philippinen. In seinen Augen waren die einst so glorreichen Huks zur Karikatur einer wahren "Volksbefreiungsarmee" herabgesunken. Auch war er unzufrieden mit dem auf lange Sicht angelegten "parlamentarischen Kampf", bei dem man darauf abstellen wollte, die wachsende Unzufriedenheit gegen das Regime in Manila nach und nach auszunutzen. Wegen seiner "maoistischen" Neigungen wurde er schließlich aus der moskau-orientierten KPPH ausgeschlossen und begab sich Ende der sechziger Jahre zweimal nach Peking. Dabei sollte er zu einem "echten Maoisten" werden (23). Nach seiner Rückkehr aus dem damals mitten in der Kulturrevolution stehenden China begann Cison, eine Gegenorgani-

sation zur KPPh aufzuziehen. Unter seiner Leitung wurde bei der Konferenz vom 26.12.1968 - 7.1.1969 in der Stadt Capas (Provinz Tarlac, Luzon) die "Kommunistische Partei der Philippinen (Marxisten-Leninisten)" (KPPh M-L) gegründet. Der Kern dieser Partei rekrutiert sich aus abtrünnigen Mitgliedern der KPPh sowie aus Gruppierungen revolutionärer Studenten. Die Neo-KP gründete auch ein eigenes Publikationsorgan, den "Ang Bayan", der auch häufig in chinesischen Hsinhua-Meldungen zitiert wird (24).

Cison (Guerrero) gab schließlich eine Schrift mit dem Titel "Philippine Society and Revolution" heraus, die 1971 von der kommunistischen Hongkonger "Ta-kung-pao" publiziert und über die Handelsläden der VRCh u.a. in Hong Kong verbreitet wurde. Dieses Buch ist eine Art Brevier zu Fragen

der philippinischen Gesellschaft, die jedes Parteimitglied studieren soll, um die Voraussetzungen für "weitere Klassenanalysen als Basis konkreter revolutionärer Aktionen" zu gewinnen, wie Guerrero im Vorwort erklärt. In Konkurrenz zur alten Huk-Armee wurde am 26.12.1968 die "Neue Volksarmee" (NVA) gegründet, kurz nachdem die KPPh (M-L) etabliert, d.h. als maoistische Gegenorganisation zur alten moskau-orientierten KP aufgezogen worden war. In Art.9 Abs.3 der neuen KPPh/ML-Satzung heißt es, daß die NVA "die Hauptwaffe der Partei bei der volksdemokratischen Revolution" sei. Das im übrigen ganz nach dem chinesischen Vorbild formulierte Kampfkonzzept ist unten (B/II) noch näher zu erläutern. Formuliert wurde diese Plattform bei einem "Treffen der Roten Kommandanten und



Quelle: Mitchell, E.J., "The Huk Rebellion in the Philippines", RAND - Memo, Jan. 1969, S.3

Kämpfer des Volkes", das am 29.3.1969 stattfand. Die NVA entfaltete, wie sich bald zeigen sollte, mit ihrem radikalen Kurs weitaus stärkere Anziehungskraft als die inzwischen zu einer Art Mafia herabgesunkene alte Huk-Bewegung. U.a. schwenkte Commander Dante (d.i. der oben bereits erwähnte Bernabe Buscayno) mit einem Anhang loyaler Huk-Soldaten zur NVA über und half der neuen Armee beim Aufbau, wobei es allerdings immer wieder zu Reibungen mit Cison kam. Noch spektakulärer sollte sich für die NVA die Flucht des früheren Armeeleutnants Victoriano Corpus auswirken, der am 29.12.1970 das Waffenlager der philippinischen Militärakademie in Baguio mit einigen Helfern ausräumte, zur NVA überlief und dort als "Commander Dencio" die Führung der NVA übernahm (25).

Die genaue Stärke der NVA ist unbekannt. Präsident Marcos sprach bei der Verhängung des Kriegsrechts von 10 000 regulären Partisanen und 100 000 Anhängern (26). Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß Marcos die Zahlen absichtlich aufgebläht hat, um die Verhängung des Kriegsrechts vom 21. September 1972 noch stärker zu untermauern.

Wie Generalstabschef Romeo Espino 1972 hervorhob, hat die NVA heute dieselbe Stärke wie "die Huks von 1946". Diese umfaßten damals 12 790 Offiziere und Mannschaften, von denen 8850 voll bewaffnet waren, sowie eine Massengefolschaft von etwa 55 000 Sympathisanten. Im Mai 1972 berief sich das Neo-KP-Organ "Ang Bayan" sogar auf eine Massenbasis von etwa 400 000 Anhängern.

Erfolgreich ist die NVA vor allem in der Isabella-Provinz (Nr.8, Karte 2), dem "Reiskorb" der Nordphilippinen, in Südluzon, auf den zentralphilippinischen Inseln Panay und Negros (Karte 2) sowie im Gebiet der Moslem-Guerillas auf Mindanao und im Sulu-Archipel (dazu s. unter 2).

Beim Kampf um die Gunst der Filipinos war es eine große Hilfe, daß Cison bereits 1964 eine radikale Jugendgruppe "Kabataang Makabayan" (Nationale Jugend) gegründet hatte, die in der Zwischenzeit immerhin 12 000 Mitglieder aufwies. Neben der Jugendorganisation stand auch noch die "Freie Bauernvereinigung", in der sich die Neo-KP vor allem gegenüber der KPPH durchsetzen konnte.

Für das Regime Marcos waren diese Entwicklungen umso bedenklicher, als sein Geheimdienst ermittelt haben will, daß einige prominente Oppositionelle, u.a. Senator Aquino, mit der NVA konspirierten. Die Liberal Party, der Aquino angehört, habe - wie Marcos am 17.9.1972 ausführte - das Land an den Rand der Militärherrschaft gebracht. (27).

Auch mehrere Anschläge auf den Präsidenten, seine Frau und den Verteidigungsminister Enrile lösten Alarm aus, wobei allerdings einige Kritiker des Regimes meinten, daß diese Anschläge z.T. von Marcos selbst inszeniert worden seien, um die Sympathien und das Verständnis der breiten Volksmassen zu gewinnen.

Auch die alte KP begann sich indes - trotz der Basisverluste unter den Huks, der Bauernbewegung und der Jugendbewegung - neu zu formieren und in dem immer stärker einsetzenden Polarisierungsprozeß bei Moskau Rückendeckung zu suchen. Sie formierte auch ihre Streitkräfte neu und benannte den diskreditierten Militärapparat 1969 in "Armee des Volkes" (Army ng Bayan) um. Die Streitkräfte stehen nun unter der Leitung von Commander Diwa und verstehen sich als Schutz gegen Angriffe auf ihre Kader, nicht zuletzt vonseiten der NVA (28).

Während sich die Neo-KP ganz für den Weg der "bewaffneten Revolution" ausgesprochen hat, verfolgt die KPPH den parlamentarischen Weg. Gegenmaßnahmen der Regierung in Manila waren deshalb bisher nicht zufällig fast ausschließlich gegen die Neo-KP und die NVA gerichtet.

2. Die Moslem-Bewegung

Ein weiterer Unruheherd, der der Zentralregierung in Manila zunehmend Kopfzerbrechen bereitet, ist die separatistische Bewegung der Moslems, die mit ihren etwa 2 Mio. Anhängern 5 % der philippinischen Gesamtbevölkerung (= 39 Millionen) ausmachen, die größte Minderheitengruppe bilden und über den Sulu-Archipel sowie über die Westprovinzen von Mindanao verstreut sind.

Seit Jahrhunderten bereits hatte es permanente Reibereien zwischen Teilen der christlich-katholischen Bevölkerung der Philippinen (90%) und den Mohammedanern gegeben, die von Spaniern - in Anlehnung an die ehemals iberischen Mauren - abschätzig "Moros" genannt wurden. Erst seit dem Zweiten Weltkrieg freilich haben sich diese Konflikte zu einer gesamtstaatlichen Integrationskrise zugespitzt.

Religiöse und wirtschaftliche Gesichtspunkte sind es, die die stärksten Fäden in diesem Konfliktsknäuel bilden.

Bereits kurz nach der Errichtung des islamischen Reiches von Malakka (1398-1509) (29) hatte der Islam sich teils durch die Rührigkeit arabischer Händler, teils durch kriegerische Unternehmungen, teils aber auch durch Flüchtlinge bis in die südlichen Philippinen hinein verbreitet. In der Mitte des 16. Jahrhunderts entstanden zwei Sultanate in Sulu und Mindanao. Die islamischen Invasoren verfolgten drei Ziele: Errichtung von Handelsbasen, Verbreitung ihrer Religion und Ausdehnung ihrer politischen Macht. Mit ihrer fortgeschrittenen Wissenschaft und Technologie (überlegenes Alphabet, Wissenschaften, Feuerwaffen etc.) vermochten sie schnell in den Archipel einzudringen und stießen sogar bis in die Gegend von Manila vor. Die Philippinen wären wohl - ebenso wie die Völker Malayas und Indonesiens - zu einem mohammedanischen Volk geworden, hätten nicht zu dieser Zeit die Spanier (1565 erste spanische Siedlungen auf Cebu) mit ihrer Kolonial- und Christianisierungspolitik begonnen. Die katholischen Spanier, die hier auf den Philippinen sofort ihren alten Gegner, den Islam wiedererkannten, mit dem sie ja im eigenen Land jahrhundertlang zu kämpfen hatten, gingen sofort zum Angriff gegen die "Moros" über. Dabei konnten sie zwar den Sultan von Manila 1570 besiegen und islamische Ansätze im Mittelteil der Philippinen rückgängig machen, doch

vermochten sie es während ihrer immerhin 333 Jahre dauernden Herrschaft nicht, die "Moros" endgültig zu unterwerfen, obwohl sie im Laufe der Zeit nicht weniger als sechs große Vernichtungsaktionen (1596, 1611, 1628, 1630, 1637 und 1638) in die Wege leiteten. Zwar konnten sie am Ort der heutigen Stadt Zamboanga 1636 das Fort Pilar errichten und i.J. 1879 den Sultan von Sulu zu einem Unterwerfungsvertrag zwingen, doch war ihre faktische Kontrolle über die "Preußen der Philippinen" minimal. Von einigen christlichen Enklaven abgesehen vermochte sich auch die spanische Erziehung im Moro-Gebiet nirgends durchzusetzen, und gewisse mohammedanische Sitten, wie Polygamie und Sklaverei konnten weiterbestehen. 300 Jahre lang kam es auch immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Christen und moslemischen Filipinos, die sich ihren islamischen Nachbarn im Süden und Westen meist stärker verbunden fühlten als ihren "Landsleuten" auf dem Archipel.

Auch die USA, die 1898 das Erbe der Kolonialherrschaft Spaniens antraten, waren nicht in der Lage, die Moslems militärisch zu unterwerfen, so sehr sie dies auch immer wieder versuchten. Erst als sich die Amerikaner dazu entschlossen, nicht nur militärische, sondern auch diplomatische Mittel einzusetzen und den lokalen Führern Nichteinmischung in religiöse Angelegenheiten sowie gewisse Partizipationsrechte zu versprechen, ging der organisierte Widerstand gegen die amerikanische Herrschaft 1915 zu Ende. Freilich dauerte es bis 1927, ehe auch im Sulu-Archipel die Waffen gegen Washington endgültig schwiegen.

Nachdem schon seit 1916 Bestrebungen deutlich geworden waren, die Souveränität über das Land allmählich in philippinische Hände überzuleiten, stellte eine Versammlung der philippinischen Moslem-Vertreter an den amerikanischen Präsidenten eine Petition, in der sie baten, die Unabhängigkeit nicht auf die mohammedanischen Gebiete auszudehnen: "Should the American people grant the Philippines independence, the Islands of Mindanao and Sulu must not be included in such grant" (30). Die Moslems ahnten also damals schon, was ihnen in einem souveränen Nationalstaat blühen würde.

Nach Ausrufung der Republik i.J. 1946, die dann auch die mohammedanischen Provinzen mitumfaßte, begann die "Christianisierung" zunächst langsam, dann aber mit zunehmender Systematik. Seit den fünfziger Jahren lockte vor allem Mindanao, das mit seinen reichen Bodenschätzen als philippinisches "Land der Zukunft" gerühmt wird, zahllose Einwanderer aus den nördlichen Teilen des Archipels, vor allem aus dem überbevölkerten Luzon, an. In zahlreichen, früher von ihnen vollständig beherrschten Provinzen gerieten die Moslems nun rasch in die Minderheit. Heute sind sie nur noch in zwei Provinzen - Sulu und Lanao del Sur - in der Mehrheit. Im übrigen herrscht in den Gebieten, die früher fast ausschließlich von Moslems bewohnt waren, heute ein Verhältnis von 60 % Christen zu 40 % Mohammedanern. In dieser Situation der Überwanderung kam es den philippinischen Moslems schlagartig zum Bewußtsein, daß sie an den "katholisch" bedienten Hebeln der Macht in Manila so gut wie nicht vertreten waren:

"Wir werden vernachlässigt, die Christen stehlen unser Land, brennen unsere Häuser nieder, zünden unsere Moscheen an Wir haben keine Vertretung in der Regierung, keine hohen Offiziere in den Streitkräften, keinen einzigen Direktor in den Regierungsunternehmen und staatlichen Banken Dabei waren wir doch immer unabhängig; wir ließen uns nicht von den Spaniern unterwerfen oder kaufen, wir haben auch niemals mit den Japanern kollaboriert wie die Filipinos im Norden. Wir allein haben aus der vorkolonialen Zeit philippinische Tradition und Kultur herübergerettet....." (31).

b. Die Streitigkeiten zwischen Christen und Moslems haben nicht nur religiös-kulturelle Wurzeln, sondern sind auch von handfesten wirtschaftlichen Überlegungen begleitet. Mindanao, die "philippinische Insel der Zukunft" - sie ist u.a. die zweitgrößte Insel des Archipels - darf sich rühmen, das größte Reisüberschußgebiet des Landes zu sein. Daneben ist die Insel, um weitere Superlative hier anzuführen, der größte Kokosnußproduzent sowie das waldreichste Gebiet der Philippinen. Die Insel zeichnet sich auch sonst durch reiche Vorräte an Gold, Silber, Kupfer, aber auch durch ergiebige Fischereigründe aus. Besonders bedeutsam sind die Ölvorkommen im Sulu-Archipel, an denen z.Zt. noch gebohrt wird. Gewinn verspricht die Insel für zahlreiche Zuwanderer auch deshalb, weil sie eines der großen Schmuggelzentren des Landes ist, wo hoch zu verzollende Waren, wie Zigaretten, alkoholische Getränke und Textilien, aus Nordborneo angelandet werden (dem Staat gehen infolge des Schmuggels schätzungsweise 100 Mio. US \$ im Jahre an Zolleinnahmen verloren).

Zudem ist Mindanao, die zweitgrößte Insel des Archipels, nach wie vor unterbevölkert. Kein Wunder, daß das so reiche Gebiet einen gewaltigen Sog zum christlichen Norden hin ausübte. Von 1948 bis 1960 nahm die Bevölkerung der Insel insgesamt um 81,8 % zu; in der Provinz Bukidno waren es sogar 206,2 %, in Davao 144,8 %, in Cotabato 134,1 %, in Zamboanga del Sur 109,6 % und in Lanao del Norte 105,6 %!

Da die christlichen Einwanderer größere Aktivität an den Tag legten als die noch in mittelalterlichen Kategorien denken Moslems, da sie außerdem eine bessere Schulbildung besitzen und dazu noch über bessere Beziehungen nach außen hin verfügen, war es kein Wunder, daß die in die Minderheit gedrängten Moslems alsbald einen wirtschaftlichen Schock erlebten. Die christlichen Zuwanderer verstanden es außerdem, immer mehr Land an sich zu reißen, zumal die Moslems nur selten schriftliche Unterlagen für ihr Eigentum besaßen und deshalb durch geschickte Manipulationen leicht ausgeschaltet werden konnten. Auch zentrale Behörden sollen bei diesem "Landraub" die Hände im Spiel gehabt haben, so z.B. die dem Präsidenten unmittelbar unterstellte Agentur für Minderheiten, die "Panamin", die von vielen Seiten verdächtigt wird, neben wissenschaftlichen und sozialen Zielen auch höchst materiellen Gesichtspunkten Raum zu geben, u.a. der stillschweigenden Sicherung von Konzessionen in rohstoffreichen Gebieten (32).

Die von solchen Erfahrungen geschockte moslemische

Bevölkerung sah sich - von religiösen und wirtschaftlichen Attacken bedrängt - nach und nach in der Situation eines "heiligen Krieges", des Jihad. Es kam zu einer permanenten Guerilla, die sich jahrelang in haßerfüllten Aktionen und Gegenaktionen entlud. Seit 1968 sprach man bisweilen auch vom Kampf zwischen den - so bezeichneten - christlichen "Räten" (Ilagas) und den moslemischen "Baracudas", "Garudas" und "Schwarzhemden", bei denen Moscheen bzw. Kirchen in Flammen aufgingen und Anschläge auf die beiderseitigen Repräsentanten verübt wurden. Vor allem suchten diese militanten Gruppen sich gegenseitig aus wirtschaftlichen Positionen zu verdrängen.

Die Kontrahenten formierten sich schließlich zu regelrechten Kampfverbänden. Auf der christlichen Seite entstand Anfang 1973 die "Local Self-Defence Force" (LSDF), die sich aus "Freiwilligen" rekrutierte und deren Aufgabe darin bestand, die christlichen Barrios zu verteidigen.

Auf der anderen Seite organisierte sich die "Muslim Revolutionary Force" (MRF) (33), deren harter Kern 1973 etwa 8-9000 Mann umfaßte (34). Der Terror der Ilagas und der Gegenterror der Moslem-Organisationen vertrieb etwa eine halbe Million Menschen aus ihren Heimatorten. Ein Teil der Flüchtlinge ging ins benachbarte Sabah, das bereits zu Malaysia gehört.

Zu besonderer Intensität steigerten sich die Auseinandersetzungen im März 1973. Unmittelbarer Anlaß zu dieser verschärften Situation war die Weisung der Zentralregierung, im Gefolge des gesamtstaatlichen Notstandes alle Waffen abzuliefern. Die Moslems verweigerten dies nicht nur mit dem Hinweis, daß sie - Krieger, die sie nun einmal seien - lieber ihre Frau als ihr Gewehr auslieferten", ferner aber auch mit dem einsichtigen Argument, daß sie dann dem Zugriff des katholischen Mobs wehrlos ausgeliefert wären.

Die schon seit 1968 virulente Mindanao-Unabhängigkeitsidee, die bereits vom früheren Gouverneur Matalam vertreten worden war, erhielt vor allem bei den März-Unruhen neue Nahrung. Freilich zeigte es sich gerade in diesem Zusammenhang, daß die "Unabhängigkeitsbewegung von Mindanao" keineswegs unter einem einheitlichen Kommando steht - wie man es bei der MRF doch eigentlich hätte vermuten mögen, - sondern sich aus mehreren Gruppen rekrutiert: aus Aktivisten etwa, die seit der Ausrufung des Kriegsrechts im September 1972 die Sezession anstreben, ferner aus religiösen Fanatikern, die zum "heiligen Krieg" gegen die christlichen Besiedler aufrufen, nicht zuletzt aber auch aus Kriminellen und Schmugglern, die durch den Zugriff der Zentralregierung ihre eingespielten Beziehungen zum benachbarten Sabah gefährdet sehen.

Manila bezeichnet die Religionskämpfe als eine Rebellion von "philippinischen Maoisten, christlichen Dissidenten und Moslem-Sezessionisten" und wies

darauf hin, daß "im Ausland ausgebildete Soldaten mit ausländischen Waffen" an den Kämpfen beteiligt seien. Außerdem habe sich die Moslem-Bewegung mit den maoistischen Insurgenten im nördlichen Luzon verbündet (35).

Wie sich herausstellte, stammten die "fremden Truppen" wahrscheinlich aus Sabah. Vor allem dem dortigen Regierungschef, Tun Mustapha, der auf Sulu geboren und dort auch im Zweiten Weltkrieg als Partisan gegen die Japaner gekämpft hat, werden Bestrebungen in Richtung auf einen islamischen Staat nachgesagt, der Sabah, Sulu und Teile Mindanaos umfassen und wirtschaftlich auf das Erdöl in der Sulu-See bauen soll. In der Tat ist dieser Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn man einerseits daran denkt, daß 15 000 (36) aus Mindanao weggelaufene Flüchtlinge heute in Sulu leben und daß überdies der Sabah-Konflikt zwischen den Philippinen und Malaysia zwar abgeflaut, aber noch lange nicht vergessen ist (vgl. dazu Malaysia, B/I.5). Die Gerüchte von der möglichen Gründung einer Sulu-Sabah-Nation wollen aber auch deshalb nicht ganz verstummen, weil ja das Verhältnis Sabahs zu Malaysia zehn Jahre nach der Gründung der Föderation Malaysia, im Jahre 1973, neu definiert werden muß.

Es ist auch nicht ganz ausgeschlossen, daß das eine oder andere arabische Land, vor allem der libysche Präsident Muḥammad Khadhafi seine Hände mit im Mindanao-Spiel hat, um die mohammedanischen Glaubensbrüder zu stützen (37).

Soll der islamische Süden nicht zu einem philippinischen Bangla Desh werden, so hat die philippinische Zentralregierung allen Anlaß, sich über eine soziale und nicht etwa bloß militärische Lösung des Konflikts Gedanken zu machen. Den Moslems müßten mit anderen Worten mehr Partizipationsrechte in der Zentralregierung sowie in den Streitkräften eingeräumt werden. Außerdem hätte die Regierung wirtschaftliche Schutzbarrieren zugunsten der weniger geschäftstüchtigen Moslem-Bevölkerung aufzubauen, und schließlich müßte sich die Regierung dazu verstehen, der mohammedanischen Minderheit spezielle islamische Rechte einzuräumen, wie etwa die Polygamie, das islamische Scheidungsrecht, eigene Schulen und womöglich eigene Gerichtshöfe zur Entscheidung über Fragen der Scharia und des mohammedanischen Gewohnheitsrechts. Bei einer solchen Strategie würden - sozusagen um 5 Minuten vor 12 - nicht nur die Symptome, sondern vielleicht auch die Ursachen der blutigen Unruhen beseitigt.

Möglicherweise ist es für solche Operationen aber auch schon zu spät. Immerhin haben die Moslem-Guerillas Verbindungen mit der maoistisch orientierten "Neuen Volksarmee" auf der philippinischen Hauptinsel Luzon aufgenommen. Diese Vereinte Front sollte der Regierung in Manila zu denken geben.

3. Die Studentenbewegung

Studentische Organisationen gegen das herrschende Establishment bereiten der Regierung zwar bei weitem

nicht soviel Kopfzerbrechen wie die Moslem-Guerillas und die NVA-Bewegung. Gleichwohl haben sie manchmal so erheblichen Einfluß ausgeübt, daß beispielsweise das Jahr 1970 zum "Jahr der Studenten" wurde (38). Damals ereigneten sich vor allem im Januar und Februar schwere Zusammenstöße zwischen studentischen Protestgruppen und Polizei, bei denen es zahlreiche Tote und mehrere hundert Verletzte gab. Die Proteste richteten sich einerseits gegen die amerikanische Botschaft, hauptsächlich aber gegen innenpolitische Mißstände wie das Fortbestehen der "Oligarchie", die Distributionspolitik etc. Allerdings agierte keine einheitliche studentische Organisation, sondern ein ganzes Bündel von Splittergruppen, von denen die meisten lediglich evolutionäre Reformen im Rahmen des bestehenden Systems forderten, z.B. die "Bewegung für demokratische Philippinen", die "Nationale Studenten-Union" usw. Die einflußreichste und militanteste Gruppe, die Kabataang Makabayan (KM), wollte sich freilich mit systemüberwindenden Reformen nicht begnügen, sondern verfolgte revolutionäre Ziele, zumal sie mit der Neo-KP in enger Verbindung stand. Die KM war auch die einzige Organisation, die über das Weichbild von Groß-Manila hinauszuwirken versuchte - ohne viel Erfolg freilich, wie ja überhaupt studentische Protestorganisationen fast ganz auf die Hauptstadt beschränkt blieben und in diesem begrenzten Aktionsradius von der Regierung noch einigermaßen kontrolliert werden konnten. Durch Verhaftung der wichtigsten KM-Führer hat es die Regierung Marcos nach Verhängung des Kriegsrechts denn auch verstanden, die organisierte Studentenopposition weitgehend lahmzulegen.

B. Die Außenpolitik der Philippinen

I. Außenpolitik im allgemeinen und Beziehungen mit den USA, der Sowjetunion, Japan und den Nachbarländern

Für die Philippinen mit ihren vom Pazifik wohldefinierten Grenzen war Außenpolitik lange Zeit ein Bereich zweiter Größenordnung, zumal ihnen viele Probleme vom engsten Verbündeten, den USA, abgenommen wurden. Vor allem unter den liberalen Präsidenten Roxas (1946-48) und Quirino (1948-53) kam es zu einer fast totalen außenpolitischen Interessen-Identität zwischen Manila und Washington.

Erst unter den Nacionalista-Präsidenten Magsaysay (1953-57) und Macapagal begannen sich die Philippinen allmählich ihren asiatischen Nachbarn zuzuwenden. Für wie neuartig dieser Schritt empfunden wurde, kam u.a. in der Parole "The Philippines turns East" (so der Titel eines Buches von Macapagal, Quezon City, 1966) zum Ausdruck: Als ob die Philippinen nicht ohnehin ganz "im Osten" gelegen wären, östlicher noch als ihre indochinesischen, chinesischen und südostasiatischen Nachbarn!

Gleichwohl waren sich auch die engagiertesten Verfechter der "Hinwendung zum Osten" keineswegs

darüber im unklaren, daß die engen Bindungen an die USA weiterbestehen würden. Es ging nur um Akzentsetzungen, keineswegs um fundamentale Neuentwicklungen. Allzu sehr hatte sich die Führungselite des Landes, die sich im Interesse der Erhaltung ihrer privilegierten Stellung bedingungslos dem Antikommunismus verschrieben hatte, von Washington abhängig gemacht (bilaterale und multilaterale Verteidigungsbündnisse, Investitionsabkommen, Zuckerabnahmeverpflichtungen der USA usw.).

Im folgenden steht daher das Verhältnis Manilas zu Washington im Brennpunkt. Anschließend ist noch auf die Beziehungen der Philippinen zur Sowjetunion und zu Japan einzugehen. Die wesentlichen Probleme mit den südostasiatischen Staaten wurden bereits im Zusammenhang mit Malaysia abgehandelt und tauchten im übrigen auch im Kontext der Mindanao-Guerilla auf (oben A/II.2).

Die langjährigen, intensiven und meist zwiespältigen Beziehungen der beiden Länder begannen am 1. Mai 1898, als Marine-Kommandant Dewey in der Manila-Bucht aufkreuzte und die dort ankernde Flotte des spanischen Kolonialherren versenkte. Die Übernahme der Philippinen wurde damit zu einer Art Nebenresultat des amerikanisch-spanischen Krieges, der sich um die Cuba-Frage entfesselt hatte.

Der amerikanische Kampf gegen Spanien hatte sich in enger Fühlungnahme mit den philippinischen Nationalisten vollzogen. Als Spanien freilich besiegt war, ließen die USA sich den Archipel durch den Vertrag von Paris als Kolonie übertragen und befanden sich daraufhin - sozusagen über Nacht - in einem erbitterten Krieg mit eben jenen Filipinos, deren Verbündete sie kurz vorher noch gewesen waren und die am 12.6.1898 ihre Republik ausgerufen hatten.

Der Krieg gegen die neue Kolonialmacht (1899-1901) war kurz, erbittert und erfolglos. Zur Erbitterung der philippinischen Nationalisten trug vor allem die Überzeugung bei, daß ihre Emanzipationsbestrebungen in unmittelbarer Reichweite des Ziels vereitelt worden waren. Die philippinische Unabhängigkeitsbewegung hatte ja bereits etwa um 1870 begonnen. Der erste Anlauf fand unter der geistigen Führung des heutigen Nationalhelden, Dr. Jose Rizal, statt, der die "Liga Filipina" gründete und mit seinen beiden Hauptwerken "Noli me tangere" und "El Filibusterismo" die Impulse für eine philippinische Selbstbesinnung gab, die auch heute noch nachwirken; sind sie doch - vergleichbar etwa den "Drei Grundlehren Sun Yat-sens" im China der Kuomintang - zu einer Art Bibel der Philippinen unter Marcos geworden. Beide Werke waren ursprünglich in Europa veröffentlicht worden (Rizal studierte u.a. in Heidelberg) und hatten die mißtrauischen Spanier hellwach werden lassen. Als Rizal auf die Philippinen zurückkehrte, wurde er hingerichtet und rückte so in die Position eines Märtyrers der Nation auf.

Auf die gemäßigte "Liga Filipina" folgte nun der revolutionäre Geheimbund "Katipunan ng mga Anak ng Bayan" (Gesellschaft der Söhne des Volkes), die von Andres Bonifacio und später von Emilio Aguinaldo geführt wurde und mit subversiven Mitteln gegen die spanischen Kolonialherren arbeitete, wobei auch die Mithilfe der Amerikaner willkommen war.

All diese Ansätze, die mit dem Selbstopfer dreier weiterer Nationalhelden, der Priester Burgos, Gomez und Zamora i.J.1872

begonnen hatten und die mit der Revolte der Katipunan seit 1896 sowie mit der Proklamation der philippinischen Republik am 21.1.1899 zum Höhepunkt gelangt waren, schienen nun durch den Zugriff eines neuen und noch mächtigeren Kolonialherren zunichte gemacht zu sein. Die "lange Nacht der spanischen Herrschaft" war vorbei; doch sollte es noch bis 1946 dauern, ehe die Philippinen wirklich ihre nationale Unabhängigkeit erlangten.

Der nun folgende philippinisch-amerikanische Krieg von 1899-1902, in dem keine Grausamkeit des Partisanenkrieges ungeschehen blieb, sollte das amerikanische Gewissen ähnlich erschüttern wie 70 Jahre später der Krieg in Vietnam. Dieser Schock führte dazu, daß die USA sogleich nach Abschaffung des Kriegsrechts dazu übergingen, in einem gleichsam missionarischen Feldzug die Filipinos "zu erziehen" und sie auf ihre Selbständigkeit vorzubereiten. Einbezogen in diesen Prozeß wurden vor allem die philippinischen Illustrados, obgleich sie jahrhundertlang mit den Spaniern kollaboriert hatten. Sie behielten Grund und Boden und wurden immer mehr mit in die "Philippine Commission" hineinkomplimentiert: Bereits 1907 waren nur noch Filipinos im Unterhaus dieses Zweikammer-Gesetzgebungsgremiums vertreten, das im übrigen - erstmals in der südostasiatischen Geschichte überhaupt! - durch allgemeine Wahlen bestellt wurde. 1914 hatten Einheimische die Mehrheit auch im Oberhaus, das sich 1916 zum Senat konstituierte. Eine ausgeprägte "Philippinisierung" zeigte sich auch darin, daß schon 1919 nur noch 6 % der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst Amerikaner waren. 1916 schließlich wurde der "Jones Act" proklamiert, in dem die Amerikaner den Philippinen Unabhängigkeit für den Augenblick versprachen, da eine "stabile Regierung errichtet werden könnte". Die erste Stufe dieser Entwicklung war 1935 erreicht. Damals kam es zur Proklamation einer Verfassung und zur Umnennung des amerikanischen Generalgouverneurs in einen "High Commissioner". Der Nationalist Quezon wurde erster Präsident, Osmena Vizepräsident.

Die neue Elite setzte sich bezeichnenderweise fast ausschließlich aus Repräsentanten der Illustrados-Familien zusammen, die schon mit den Spaniern kooperiert hatten. Während solche Personen in Indonesien und Birma als Kollaborateure und Verräter verurteilt wurden, waren sie auf den Philippinen nicht nur an den Hebeln der Macht, sondern auch im Besitz ihrer Bodentitel geblieben. Die schon unter den Spaniern fällige Landreformfrage wurde so abermals auf die lange Bank geschoben.

In dem "Philippine Independence Act" des US-Kongresses von 1934 war dem Land noch nicht die volle Unabhängigkeit zugesprochen worden, sondern lediglich eine Art Vorbereitungssouveränität, die unter der Bezeichnung "Philippine Commonwealth" von 1935 bis 1946 dauern sollte. Im Zuge dieser Übergangsperiode machte sich unter den Nationalisten, die nun ganz mit den USA ins Reine gekommen waren, eine Art Amerika-Begeisterung breit, die langfristig dazu führte, daß der "kulturelle Imperialismus" den "politischen Imperialismus" der USA noch viele Jahre überleben konnte. Das durch 333 Jahre spanischer Herrschaft geformte philippinische Selbstverständnis wurde nun weitgehend durch den "American

way of life" überlagert, dessen Auswirkungen zu einer weiteren Spaltung des philippinischen Nationalcharakters führten.

Das philippinisch-amerikanische Übergangsexperiment sollte allerdings schon fünf Jahre vor dem anvisierten Zeitpunkt zu einem abrupten Ende kommen. Im Dezember 1941 landeten japanische Streitkräfte und zwangen im Mai 1942 die Amerikaner zur Übergabe des Archipels. General McArthur wich in Begleitung der beiden Nationalisten Quezon und Osmena nach Australien aus. Während die Japaner in anderen Ländern Südostasiens zunächst vielfach als Befreier vom europäischen Kolonialjoch begrüßt worden waren, stießen sie im philippinischen Commonwealth überall auf Antipathie: hatten sie doch den Einheimischen, die ihre Unabhängigkeit ja bereits "schwarz auf weiß" für 1946 verbrieft sahen, wenig zu bieten. Die gemeinsamen Leiden im Kampf gegen Japan schufen weitere Sympathien für die USA: 36 000 philippinische und amerikanische Soldaten mußten damals, nachdem die Inselfestung Corregidor in der Bucht von Manila gefallen war, gemeinsam den "Todesmarsch von Bataan" antreten.

Vielleicht ist das wichtigste Nebenprodukt der japanischen Okkupation die Entstehung der Huk-Bewegung gewesen (Näheres dazu unter A/II.1), die auf der einen Seite, ähnlich wie die kommunistische Bewegung in China, für sozialreformerische Maßnahmen in den befreiten Gebieten eintrat und die andererseits eine breite antijapanische Front aufzubauen versuchte.

Nach einem gewaltigen Inselfesthalten kehrten die Amerikaner bereits 1944 unter McArthur wieder auf die Philippinen zurück - mit der Nebenfolge freilich, daß Manila neben Warschau die am meisten zerstörte Stadt des Zweiten Weltkrieges wurde.

Wie im "Independence Act" von 1934 versprochen, erhielten die Philippinen nun doch noch genau "nach Fahrplan" am 4.7.1946 ihre formelle Selbständigkeit. Präsident wurde der Nationalistführer Roxas (1946-48), gefolgt von dem liberalen Quirino (1948-53), dem Nationalisten Magsaysay (1953-57), dem Nationalisten Garcia (1957-61), dem Liberalen Macapagal (1961-65) und schließlich von dem Nationalisten Ferdinand Marcos (seit 1965).

In den Freudenbecher der Unabhängigkeit fielen freilich auch bittere Tropfen:

- Altgediente Freiheitskämpfer wie der Huk-Führer Luis Taruc wurde durch politische Intrigen von der weiteren Beteiligung am Entscheidungsprozeß ausgeschlossen und mußten abermals in den Untergrund gehen.

- Mit der beinahe monopolitischen Ämterbetrauung alter Illustrados, an der nicht zuletzt McArthur schuld war, wurden mächtige Schranken gegen Reformen aufgebaut, die zur Lösung des wichtigsten Sozialproblems der Philippinen, der Landfrage, gerade jetzt so wichtig gewesen wären.

- Zugleich ergingen zwei berühmte Gesetze, die Manila für mehrere Jahrzehnte eng an die USA binden sollten, nämlich der "Bell Act" und der "Tydings Act".

Der "Bell Act" sah dreierlei vor: freien Handel zwischen beiden

Ländern bis 1954 und sodann Steigerung des beiderseitigen Handels auf Tarifgrundlage bis zum Jahre 1974; Bindung des Peso an den Dollar; Gleichberechtigung amerikanischer Bürger mit Filipinos, was die Ausbeutung von Naturvorkommen anbelangt, sowie kommerzielle Chancengleichheit.

Der "Tydings Act" sollte Gelder in die philippinische Wirtschaft hinein pumpen, die unter der japanischen Okkupation so schwer gelitten hatte. Da der "Tydings Act" mit dem "Bell Act" zu einem Paket verschnürt wurde, trug das ganze Gesetzeswerk letzten Endes den Stempel der 'Ungleichheit'.

Am 15.12.1954 wurden die Bestimmungen des "Bell Act" durch das "Laurel-Langley Agreement" abgelöst. War der Handel zwischen 1946 und 1954 noch zollfrei gewesen, so sollten von nun an bilaterale Zölle festgesetzt und schrittweise angehoben werden. Ferner wurde die Bindung des Peso an den Dollar aufgehoben, nicht jedoch das Recht amerikanischer Staatsbürger, weiterhin gleichberechtigt mit den Filipinos auf dem Archipel Handel zu treiben und Bodenschätze zu fördern. Gerade diese Gleichstellungsklausel wurde von philippinischer Seite später immer mehr für das gehemmte Wachstum der philippinischen Industrialisierung verantwortlich gemacht. Das Abkommen soll nun am 3.7.1974 auslaufen. Es erhebt sich damit die Frage, wie die Vorteile einer Präsenz amerikanischer Firmen auf dem philippinischen Markt aufrechterhalten werden können, ohne daß die aus dieser "Zusammenarbeit" entstandenen Nachteile perpetuiert werden. Bleibt für Manila hier Verhandlungsspielraum?

Die Frage ist wohl zu verneinen, wenn man bedenkt, daß rd. 70 % der philippinischen Zuckerproduktion nach festgelegten Quoten zum Zwei- bis Dreifachen des Weltmarktpreises auf den amerikanischen Markt gelangen. Als diese Quote 1971 geringfügig zurückgeschraubt wurde, entstand für die philippinische Wirtschaft bereits ein Verlust von rd. 30 Mio. US \$.

Hinzu kommen riesige amerikanische Investitionen auf der Insel. Amerikanische Firmen besitzen erhebliche Anteile an den "philippinischen" Großunternehmen (Banken, Fernmeldewesen, Industrie) und ziehen daraus erhebliche Profite. Eine Studie, die sich auf 108 Firmen erstreckt, welche ihrerseits 70 % der amerikanischen Investitionen auf den Philippinen repräsentierten, hat gezeigt, daß diese Unternehmen zwischen 1956 und 1965 nicht weniger als 369 Mio. US \$ "repatriert" haben: eine Summe, die dem sechsfachen Betrag des von der Unternehmensgruppe im selben Zeitraum investierten Kapitals entspricht (39). Im Gefolge der Gleichheitsklausel des Laurel-Langley-Abkommens, die den Amerikanern bei Investitionen dieselben Rechte gewährt wie den Filipinos, hat die US-Wirtschaft (im wesentlichen 300 amerikanische Firmen) im Laufe der Jahre über 1 Mrd. US \$ in die Philippinen hineingepumpt. Amerikanische Firmen verdienen über ein Viertel des Exporteinkommens der Philippinen und versorgen die philippinische Wirtschaft mit einem Großteil der benötigten Kredite (40).

Ein offizieller Bericht der philippinischen Regierung vom 18.1.72 gab allerdings wesentlich niedrigere Investitionsquoten an. Nach diesem Report beliefen sich die US-Investitionen Ende 1970 auf 82 % aller ausländischen Kapitalanlagen (das sind 341 von insg. 473 US \$). Die zweitgrößte Gruppe waren die Überseechinesen auf den Philippinen; es folgen Spanien (3,38 %), die Niederlande (3,33 %), Großbritannien (2,97 %), Japan (1,6 %) und die BRD (0,23 %) (41).

Was die philippinischen Exporte anbelangt, so sind die Vereinigten Staaten auch heute noch - vor Japan - der größte Abnehmer philippinischer Erzeugnisse, während sie auf der philippinischen Importseite hinter Japan an zweiter Stelle stehen (42).

Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch auf dem militärischen Sektor fand eine enge Verflechtung zwischen den USA und den Philippinen statt:

Im März 1947 wurde ein Abkommen über amerikanische Militärbasen geschlossen, das auf 99 Jahre gelten sollte. Bereits am 26.7.1946 hatte Präsident Truman den "Philippine Military Assistance Pact" gebilligt, durch den sich die Amerikaner bereit erklärten, für die Ausbildung und Ausrüstung des philippinischen Militärs aufzukommen. Institutionell dafür zuständig war die "Joint Military Advisory Group" (JUSMAG), die sich freilich nicht nur auf technisch-militärische Aspekte beschränkte, sondern sich da und dort auch in die philippinische Politik einmischte und das Recht hatte, philippinische Staatsbürger für den Dienst bei den US-Streitkräften zu rekrutieren.

Wiederholte Einmischungsversuche der JUSMAG führten zu nationalistischen Gegenreaktionen und 1958 zu einer Neuverhandlung, bei der den nationalen Ansprüchen der Filipinos Rechnung getragen wurde (Einrichtung eines "Mutual Defence Board" und Entsendung philippinischer Verbindungsoffiziere zu den Basen). 1966 schließlich wurde der Basenvertrag von 99 auf 25 Jahre reduziert.

Noch enger wurden die zwischenstaatlichen Beziehungen, als es im August 1951 zum Abschluß des berühmten "Mutual Defence Treaty" kam, dem zufolge Washington einen Angriff auf die Philippinen wie eine Aggression gegen die USA behandeln wollte. 1954 schließlich wurden die Philippinen auf Veranlassung der USA Gründungsmitglied der SEATO (Vertrag von Manila) und damit ein wichtiger Bestandteil der von Washington aufgebauten antikommunistischen Front.

Der militärische Einfluß der USA hat seit den fünfziger Jahren kaum etwas von seiner Wirksamkeit verloren. Nach wie vor bestehen die großen Basen an der Subic-Bay (Marine) sowie der Stützpunkt Clark (Air Force), bei denen 25 000 Mann Militär und rd. 20 000 amerikanische Zivilisten beschäftigt sind. Von Clark aus starteten u.a. auch B 52-Bomber zu Einsätzen in Vietnam. Außerdem beschäftigten diese Basen ganze philippinische Industriezweige und Dienstleistungsbetriebe, gar nicht zu reden von den etwa 20 000 Prostituierten (43) in der Nähe der Subic Bay. Wie hoch

der Stellenwert der US-Militärbasen für die philippinische Wirtschaft ist, geht u.a. daraus hervor, daß in den Jahren 1966 und 1967 nicht weniger als 9,5 % des philippinischen Bruttosozialprodukts von den Basen hergeleitet wurden (44).

Der Sonderstatus, den die USA nicht nur auf wirtschaftlichem und militärischem, sondern auch auf diplomatischem Gebiet besitzen, manifestiert sich z.B. darin, daß der amerikanische Botschafter als einziger ausländischer Gesandter das Recht hat, sich direkt mit dem Präsidenten in Verbindung zu setzen, ohne den "Dienstweg" über das an und für sich zuständige Außenministerium einschlagen zu müssen.

Innenpolitisch ist der amerikanische Einfluß insofern bedeutsam, als die USA weitgehend für die Ausbildung der Antiguerilla-Streitkräfte sorgen. Allein 1972 wurden 800 000 Dollar für Polizei-Elite-Einheiten beigesteuert. Besonders qualifizierte Offiziere werden außerdem zur Antiguerilla-Ausbildung in die USA entsandt. Angesichts der hohen Investitionen der amerikanischen Wirtschaft auf den Philippinen muß dieses Antiguerilla-Engagement wie eine Vorbeugungsstrategie zum Schutz des eigenen Auslandskapitals erscheinen.

Wie stark die Impulse der USA schließlich auf kulturellem Gebiet sind (Studienliteratur, Filme, Sport - ja, überhaupt der ganze American Way of Life), braucht im Detail hier nicht dargestellt zu werden. Sie dürften den wirtschaftlichen und den militärischen Einfluß noch um einiges übertreffen.

Kein Wunder ist es unter diesen Umständen, daß die Diskussionen um das Pro und Contra einer "special relationship" zu den USA auf den Philippinen zu den unterschiedlichsten Meinungsgruppierungen geführt haben. Auf der einen Seite stehen zahlreiche Studenten, vor allem aber die Vertreter der philippinischen Linken, die den Anti-Amerikanismus auf ihr Panier geschrieben haben.

Auf dem anderen "Flügel" hat sich in den letzten Jahren sogar eine Bewegung der "Philippine Statehood, USA" gebildet, die ca. 5 Millionen Wahlberechtigte umfaßt und die den Anschluß der Philippinen an die USA als deren 51. Bundesstaat anstrebt.

Zwischen diesen beiden Extremen changieren die Urteile über Amerika in den buntesten Farben. Man wehrt sich einerseits gegen die Einstufung als "gute kleine braune Amerikaner Asiens", zum anderen glaubt man, zumindest die Wirtschaft der USA nicht entbehren zu können.

Erst die neuesten Entwicklungen in Asien (Nixon-Doktrin, Aussöhnung zwischen China und USA, wirtschaftlicher Ansturm Japans, größere außenpolitische Optionsfreiheit für die "Kleinen", Attraktivität der ASEAN) werden die Philippinen veranlassen, sich über mehr Selbständigkeit gegenüber der "Mutter Amerika" Gedanken zu machen.

2. Philippinen - Sowjetunion

Es ist bemerkenswert, daß in keinem anderen der

bisher behandelten südostasiatischen Länder die Sowjetunion so wenig an Einfluß hat gewinnen können wie bis vor wenigen Monaten auf den Philippinen. Dieses Phänomen hing wohl nicht nur mit der amerikanischen Intervention zusammen - auch Thailand hat es sich ja nicht nehmen lassen, schon rechtzeitig nach Moskau die Fühler auszustrecken -, sondern hatte seinen Grund wohl vor allem in dem fast apriorischen Desinteresse beider Staaten aneinander. Erst die entschiedene antichinesische Globalstrategie Moskaus hat nun auch den philippinischen Archipel mit in die weiteren strategischen Überlegungen der Sowjetunion einbezogen (45).

Freilich brachte erst das Jahr 1972 eine entscheidende Wendung. In diesem Jahr nahmen Rumänien und Jugoslawien mit Manila diplomatische Beziehungen auf, und etwa zur gleichen Zeit besuchte eine polnische Handelsmission die philippinische Hauptstadt, nachdem das Regime Marcos seinen Willen bekundet hatte, mit allen sozialistischen Ländern Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Die Polen zeigten sich großzügig. Sie boten Schiffsverbindungen an und erklärten auch ihre Bereitschaft, alle polnischen Häfen für philippinische Schiffe freizugeben (46). Am Aufbruch in Richtung Ostblock wirkte vor allem Frau Imelda Marcos, die Ehefrau des Präsidenten, demonstrativ mit, als sie vom 14.-18.3.1972 auf Einladung des Obersten Sowjets und des sowjetischen Kultusministeriums Moskau besuchte. Dabei wurden Fragen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen behandelt, und außerdem erklärte sich die Sowjetunion bereit, "Entwicklungshilfe in jeder Form" an die Philippinen zu leisten (47). Wenn man bedenkt, daß die Ostblockländer noch 1971 mit den Philippinen keinerlei Handel, keinerlei Investitionsabmachungen und auch keinerlei diplomatische Beziehungen aufzuweisen hatten, so ist hier ein beachtlicher Fortschritt erzielt worden. Moskau, das ja bereits seit Jahren die anderen vier Staaten der ASEAN umwirbt, wird es sich nicht nehmen lassen, im Zuge seiner antichinesischen Vorstellungen auch auf den Philippinen künftig mehr Aktivität zu zeigen. Ein solches Vorgehen wiederum dürfte die Chinesen veranlassen, sich über ihre Haltung sowohl gegenüber dem Regime Marcos wie auch gegenüber den verschiedenen Aufstandsbewegungen Gedanken zu machen.

3. Philippinen - Japan

Die Beziehungen zwischen den Philippinen und Japan begannen erst im Zeichen des Zweiten Weltkrieges Gestalt anzunehmen, dann allerdings gleich in konkreter Form: Zehn Stunden nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour (7.12.1941) landeten die kaiserlichen Truppen auch auf den Philippinen. Die philippinisch-amerikanischen Streitkräfte zogen sich auf die Halbinsel Bataan (Karte 2, Nr.14) zurück, hielten dort bis zum 6.5.1942 aus und wurden dann von den japanischen Siegern auf den berüchtigten "Todesmarsch von Bataan" geschickt, bei dem Tausende ums Leben kamen, und der im Rückblick zu einem - wenngleich tragischen - Höhepunkt philippinisch-amerikanischer Gemeinsamkeiten wurde.

Die Japaner hatten den Filipinos, denen ohnehin bis 1946 vonseiten der USA die Selbständigkeit versprochen worden war, wenig zu bieten. Trotzdem fanden sich zahlreiche Kollaboranten, die z.T. aus eigensüchtigen Motiven, z.T. aus Enttäuschung über die Amerikaner, vielfach aber auch aus der Erwägung heraus handelten, durch Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht das Beste für ihr Land herausholen zu können. Nachdem die Japaner den Philippinen am 14.10.1943 den Status einer unabhängigen Republik eingeräumt hatten, ernannten sie Jose P. Laurel zum Präsidenten. Auch Manuel Roxas, der spätere Präsident, gehörte dem Kabinett an.

Freilich spielte der Widerstand eine größere Rolle als die Kooperation. Es kam zu zahlreichen Aufständen gegen die "japanischen Imperialisten und ihre Lakaien", vor allem aber zur Bildung der Huk-Verbände, die vielleicht das wichtigste Produkt der Okkupationszeit überhaupt waren.

Am 20.10.1944 landeten die Amerikaner nach erfolgreichem "Inselpringen" in Leyte (Karte 2, Nr. 29), konnten die Japaner auf dem gesamten Archipel freilich erst im Zuge der gesamtjapanischen Kapitulation im September 1945 ausschalten.

Japanische Grausamkeiten bei der Unterdrückung der Aufständischen, irreparable Schäden, zu denen es im Zuge der Wiedereroberung gekommen war, und die dreijährige Demütigung des philippinischen Volkes durch die Besatzer führten dazu, daß die Versöhnung zwischen beiden Ländern zu einem der schwierigsten Probleme der philippinischen Nachkriegszeit wurde. Nach schweren, emotionsgeladenen innenpolitischen Auseinandersetzungen kam es auf Druck der USA im Zusammenhang mit dem Koreakrieg zum Abschluß eines Friedensvertrages am 8.9.1951 und schließlich - fünf Jahre später - zur Herstellung normaler Beziehungen (23.7.1956).

Bezeichnenderweise hatte Washington die Unterzeichnung des Friedensvertrages von 1951 zu einer *conditio sine qua non* für den Abschluß eines bilateralen philippinisch-amerikanischen Verteidigungsvertrages gemacht, der ebenfalls 1951 zustande kam. Im Friedensvertrag wurden u.a. die Modalitäten für die japanischen Reparationsleistungen festgelegt. Manila hatte noch 1951 insgesamt 8 Mrd. Dollar gefordert, bekam aber am Ende, d.h. bei Abschluß des Reparationsabkommens vom 16.7.56, lediglich 800 Mio., wobei 550 Mio. in Kapitalgütern und 250 Mio. in privaten Anleihen für die Wirtschaftsentwicklung zu entrichten waren.

Unabhängig von dem Tauziehen um die Reparationsfrage ließen sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern vielversprechend an. 1949 betrug der Wert der philippinischen Exporte nach Japan 11 Mio. US \$ 1966 bereits 208 Mio., während die Importe sich auf 16 bzw. 179 Mio. US \$ beliefen. Schon 1966 waren die Philippinen Japans viergrößter Rohstofflieferant und fünfbesten Absatzmarkt für japanische Güter geworden. Im gleichen

Jahr stand Japan als Außenhandelspartner zwar noch an zweiter Stelle hinter den USA; doch dann begann der "japanische Vormarsch"; wie folgende Zahlen zeigen:

1969: 708 Mio. US \$ (USA - 680 Mio.)
1970: 765 Mio. US \$ (USA - 636 Mio.) (48)

Dieses Volumen schrumpfte auch dann nicht, als 1972 die Ratifizierung des bereits 1960 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages abgelehnt wurde, da er Japan nach Ansicht Manilas ein Übermaß an Fischereibefugnissen einräumte und man überdies ein zu starkes Vordringen der japanischen Wirtschaft auf den Philippinen befürchtete (49).

Auch als Kreditgeber trat Japan zunehmend in Erscheinung, nachdem seine Reparationsverpflichtungen im wesentlichen abgetragen waren. Nach Angaben der Zentralbank in Manila betrug die Auslandsverschuldung der Philippinen Ende Januar 1972 insgesamt 2092 Mio. US \$. Davon entfielen 45 % (950 Mio. US \$) auf Verpflichtungen gegenüber den USA, 20,9 % (436 Mio.) gegenüber Japan, 6,1 % (127 Mio.) gegenüber der BRD und 6,45 % (134 Mio.) gegenüber der Weltbank (50). Da die Filipinos einer Umschuldung ablehnend gegenüberstehen und neue langfristige Kredite vorziehen, dürfte die Verschuldung in den nächsten Jahren gegenüber Japan noch weit höher ansteigen.

Auch die japanischen Investitionen nehmen langsam, aber stetig zu. Während sich die Summe hier bis 1972 nur auf 15 Mio. US \$ belaufen hatte, sollen allein im Jahre 1972 mehr als 700 japanische Firmen Investitionsangebote für "Joint Ventures" abgegeben haben. Hatten sich die Japaner bis dahin hauptsächlich auf Rohmaterialien konzentriert, so verlegten sie sich nunmehr auf Elektronik, Kraftfahrzeugmontage und Kunstfaserherstellung (51). Dieses vehemente Vordringen der japanischen Wirtschaft ließ einheimische Politiker und Unternehmer aufhorchen und führte zu Unstimmigkeiten. Nachdem die Japaner Amerika im Handelsvolumen überflügelt haben und nun auch auf dem Gebiet der Investitionen im Vordringen sind, fürchten nicht wenige Filipinos, daß Japan zur eigentlichen neokolonialistischen Macht des Archipels werden könnte. Bewunderung für japanische Effizienz und das Bewußtsein der Unentbehrlichkeit japanischen Kapitals für die Entwicklung der philippinischen Industrie kämpfen hier in einer Brust mit Gefühlen der Abneigung, die nicht nur durch Erinnerungen aus der Vergangenheit, sondern auch durch die Furcht vor noch weiterer wirtschaftlicher Umarmung genährt werden.

4. Beziehungen zu den Nachbarländern

- a. zu Malaysia vgl. "Malaysia" B/I.5
- b. zu Indonesien, ASEAN usw. vgl. "Malaysia" B/I. 4,5,6,8

II. Philippinen - VRCh

Für Manila, das bis Mitte der sechziger Jahre fast völlig im Banne der amerikanischen Außenpolitik stand, mußten Beziehungen irgendwelcher Art mit der VRCh als Anathema gelten. Unter "China" verstand man auf den Philippinen ausschließlich die "Republik China" auf

Taiwan. Folgende geopolitische Situation war gegeben: Östlich der Philippinen erstreckte sich der Pazifische Ozean mit den amerikanisch verwalteten Inselgruppen der Karolinen, Marianen und Marshalls. Im Süden lag die Republik Indonesien und Britisch-Nordborneo; im Westen befand sich das problematische Gebiet von Vietnam und im Norden die Insel Taiwan, die in den folgenden Jahren neben den Philippinen mit zu den "Bollwerken der freien Welt" werden sollte. Obwohl Manila immer wieder Schwierigkeiten mit den philippinischen Inlandschinesen und deshalb auch immer wieder Reibereien mit der "Republik China" hatte, kam es dennoch im April 1947 zwischen beiden Staaten zum Abschluß eines Freundschaftsvertrags: Im Juli 1949 stattete Generalissimus Chiang Kai-shek dem Präsidenten Quirino einen Besuch ab. Manila stand auch, ohne nur einen Augenblick zu zögern, stets aufseiten der Chiang Kai-shek-Regierung, wenn es galt, die Präsenz des Kuomintang-Regimes in der UNO abzusichern. Es stimmte in der Generalversammlung ferner für die berühmte Resolution von 1951, durch die das kommunistische China als Aggressor in Korea gebrandmarkt wurde und durch die ferner ein Embargo für den Import strategischen Kriegsmaterials über China und Nordkorea verhängt werden sollte.

Trotz dieser harten antikommunistischen, formosafreundlichen Haltung versuchte Chou En-lai auf der Afro-Asiatischen Konferenz von Bandung im April 1955, den philippinischen Repräsentanten für die VRCh zu interessieren. Für Manila ergab sich damit eine heikle Situation. Lange Zeit hatte man gezögert, die Einladung nach Bandung überhaupt anzunehmen, da ja befreundete Regierungen, wie die "Republik China" und Südkorea, auf der Einladungsliste nicht mit berücksichtigt waren. Da eine Zurückweisung der Einladung aber den ohnehin schon schlechten "proamerikanischen" Ruf der Philippinen in der afro-asiatischen Welt vermutlich noch verstärkt hätte, entschloß sich die Regierung Magsaysay, eine Delegation unter Romulo nach Bandung zu schicken.

Romulo verstand es bei der Konferenz geschickt, sich jeglicher Verdächtigungen zu enthalten und gleichzeitig unliebsamen Annäherungsversuchen auszuweichen: Seine Antrittsrede und seine Diskussionsbeiträge waren gemäßigt und verzichteten auf aggressive Seitenhiebe gegen kommunistische Teilnehmerstaaten. Romulo nahm sogar an drei Empfängen teil, denen auch Chou En-lai beiwohnte (52). Bei einem Bankett am 20.4.55, das Nehru gab, lud Chou En-lai Romulo zu einem Besuch in die VRCh ein. Der philippinische Abgesandte sollte "das Gute, das Böse und das 'Zwischendrin' auf dem Festland" unter die Lupe nehmen. Romulo könne reisen, wohin er wolle und das Festland ohne Einschränkung inspizieren. Auf einer weiteren Dinner-Party sprach Chou zu Romulo über die ganz und gar nicht aggressiven Ziele der chinesischen Kommunisten und bat ihn, an Präsident Magsaysay den

chinesischen Wunsch nach friedlicher Koexistenz zu übermitteln. Chou En-lai instruierte Romulo auch darüber, daß das kommunistische China gern mit den Vereinigten Staaten über die Formosafrage verhandeln wolle. In seiner Schlußansprache vom 24.4. wiederholte Chou abermals seine Versicherung, daß die Politik des kommunistischen China von keinerlei aggressiven Absichten getragen sei. Wörtlich fügte er hinzu:

"Es steht fest, daß zwischen China und den Philippinen keine gemeinsame Grenze besteht. Trotzdem wäre uns eine Delegation von den Philippinen willkommen. Sie könnte besonders unsere Küstenregionen in Fukien und Kuangtung besuchen und sich davon überzeugen, daß wir keinerlei Anstalten treffen, von denen eine direkte Bedrohung gegen die Philippinen ausgehen könnte" (53).

Romulo gewann aus dieser "sweet reasonableness" seines Gesprächspartners den Eindruck, daß China zumindest für die nahe Zukunft den Frieden wünsche (54). In seinem eigenen Buch mit dem Titel "The Meaning of Bandung" (55) unterläßt er aber jeden Hinweis auf seine Fühlungnahme mit dem chinesischen Ministerpräsidenten. So verwerflich waren damals also noch Kontakte mit dem als Paria gebrandmarkten kommunistischen China!

Schon wenige Wochen später wurde dann das große Vertragswerk von Manila unterzeichnet, mit dem die SEATO ins Leben trat. Nichts bewies deutlicher als dieses neu entstandene, prononciert antikommunistische Verteidigungsbündnis, daß Chou En-lais Annäherungsbemühungen zumindest in Manila auf taube Ohren gestoßen waren!

Für Peking mußte es von nun an feststehen, daß mit den Philippinen solange nicht mehr verhandelt werden konnte, als nicht auch die USA eine ganz neue Wendung gegenüber der VRCh vollzögen. Es sollte 17 Jahre dauern, ehe diese Wendung eintrat. In der Zwischenzeit versäumte China kaum eine Gelegenheit, auf die "neokolonialistische" Politik Washingtons im Nachbarland hinzuweisen.

Getreu seiner alten Hypothese, daß die wirtschaftliche Unterentwicklung der Dritten Welt allein auf die Ausbeutung durch Kolonialismus und Imperialismus zurückzuführen sei, interpretierte China auch die philippinische Wirtschafts- und Sozial-Misere als eine Folge der "Ausplünderung" durch den US-Imperialismus:

"Durch verschiedene ungleiche Verträge, die den Philippinen aufgezwungen worden sind, hat der US-Imperialismus den wirtschaftlichen Lebensnerv dieses reichen Landes in die Hand genommen und die Philippinen in einen Absatzmarkt für amerikanische Schleudern verwandelt. Dadurch wurde die nationale Wirtschaft der Philippinen schwer geschädigt.

Das amerikanische Monopolkapital kontrolliert nicht nur die wichtigsten und gewinnbringendsten Wirtschaftszweige der Philippinen, sondern kann auch die lokalen Kredite willkürlich zu Spekulationen ausnutzen, um Überprofite zu erzielen. Laut Presseberichten aus Manila legten 108 amerikanische Unternehmen auf den Philippinen von 1956 bis 1965 einen Betrag von mehr als 410 Mio. US \$ in diesem Lande an. 84 % dieses Geldes wurden von lokalen Banken aufgebracht..... In den vergangenen zehn Jahren haben die amerikanischen Monopolkapitalisten

386,2 Mio. US \$ Nettoprofit in die Vereinigten Staaten gesandt, die Ausgaben für ihr luxuriöses Leben auf den Philippinen nicht eingerechnet.

Die Presse in Manila hat auch berichtet, daß von den 20 größten Kapitalisten auf den Philippinen 19 Amerikaner sind.

Seinen Bedürfnissen entsprechend hat der US-Imperialismus die Philippinen gezwungen, ihm genau festgesetzte Quantitäten Zucker, Kokosprodukte, Hanf und Tabak zu niedrigen Preisen zu liefern Durch das starke Dumping mittels amerikanischer Waren kam es nacheinander zur Schließung einiger nationaler Industrie- und Handelsunternehmen auf den Philippinen, die wirtschaftlich schwach waren. Während der drei Jahre von 1965 bis 1967 mußten mehr als 100 mittlere und kleine Industrie- und Handelsunternehmen wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihren Betrieb einstellen. Manche davon wurden von amerikanischen Großgesellschaften aufgekauft Die gierige Ausplünderung durch das amerikanische Monopolkapital hat auch eine Inflation auf den Philippinen, Mangel an Devisen und das Anwachsen der Auslandsschulden auf 900 Mio. US \$ verursacht Unter den mannigfachen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des US-Imperialismus und der philippinischen Compradore- und Gutsbesitzerklasse leben die philippinischen Volksmassen in außerordentlicher Armut Der Reichtum des Landes ist in den Händen der Reichen konzentriert, die nur 1-2 % der Bevölkerung ausmachen. Von der 35 Millionen-Bevölkerung des ganzen Landes sind 2,5 Millionen arbeitslos und 6 Millionen halbbeschäftigt. In den letzten zehn Jahren fiel der Reallohn der Arbeiter um etwa 20%, während die Warenpreise Jahr für Jahr steigen. Auf dem Lande haben mehr als 70 % der Bauern keinen eigenen Grund und Boden.

Die verschiedenen Verbrechen des US-Imperialismus auf den Philippinen haben die philippinischen Volksmassen veranlaßt, sich zu noch breiterem und heftigerem Widerstand und Kampf zu erheben " (56).

China hat nicht gezögert, diesen Kampf, insbesondere die Gründung der Neo-KP und der NVA, zu unterstützen". Das Vokabular, das die Pekinger Presse bei der Schilderung des philippinischen Revolutionskurses verwendet, stammt ganz aus der eigenen chinesischen Praxis - ein Zeichen, wie sehr sich die ehemaligen chinesischen Partisanen mit der Situation der heutigen NVA zu identifizieren vermögen. Als Beispiel sei hier eine chinesische Beschreibung der philippinischen Vorgänge angeführt:

"Unter der Führung der eng mit den dörflichen Massen verbundenen Partei sollen auf dem Inselreich ländliche Basen errichtet werden, die sich effektiv gegen die 'Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge' der Regierung wenden können" (1970 habe die Volksarmee z.B. 600 Regierungssoldaten getötet oder verwundet und zahlreiche "Lokaltyrannen" liquidiert.) Die Volksstreitkräfte - hierzu gehörten reguläre Einheiten, lokale Guerillas und Milizen - stünden 'auf eigenen Beinen'. (Grundsatz: Unsere Gegner sind zugleich unsere Hauptwaffenlieferanten; die Armee produziert für sich selbst), verließen sich auf die Strategie des Volkskrieges und hülften der Partei, Dorfräte zu errichten (sogen. "Barrio-Revolutionskomitees", mit fünf Abteilungen - für Organisation, Erziehung,

Wirtschaft, Verteidigung, Gesundheit), Pachtgebühren zu reduzieren, für niedrige Zinssätze zu kämpfen und die Felder an die landlosen Bauern zu verteilen (57).

Die Gremien, von denen hier die Rede ist, sind die sogen. "Barrio-Organisationsausschüsse" und die "Barrio-Militärräte". Erstere bestehen aus einer Kadergruppe, der meist Studenten, Gewerkschaftler oder revolutionäre Bauern angehören und deren Hauptziel es ist, nicht eine feste organisatorische Struktur auf dem Lande aufzubauen, sondern - angesichts der stets vom Feind bedrohten Situation - eher ein flexibles lokales Netz von Fronten und Sympathisanten aufzuziehen. Es geht also vor allem darum, die Bevölkerung aufzuklären, sie "ausbeutungsbewußter" zu machen und u.U. sogar die örtlichen Regierungsstellen zu infiltrieren. Die Barrio-Militärräte haben andererseits die Aufgabe, als Rekrutierungs- und Organisationsagenturen der NVA zu dienen, die für Anwerbung und Logistik verantwortlich sind. Nach Möglichkeit wollen sie "Teilzeit-Partisanen" erziehen, d.h. solche Personen ausbilden, die bereit sind, "Bauern bei Tag und Kämpfer bei Nacht" zu sein.

Aus chinesischer Sicht hat die Neo-KP der Philippinen folgenden globalen Stellenwert:

"Im internationalen Rahmen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas können die Philippinen als Teil eines ausgedehnten Weltdorfes angesehen werden, wo bestimmt die schwächsten Glieder der US-imperialistischen Herrschaft zu finden sind. In den philippinischen Dörfern sind die Bedingungen für die Kommunistische Partei der Philippinen und die Neue Volksarmee äußerst günstig dafür, die Massen zu mobilisieren und mutig vorwärts zu schreiten. Selbst in den philippinischen Städten sind heute nie dagewesene revolutionäre Massenkämpfe von immer größerem Ausmaß und mit immer ungestümmerer Gewalt ausgebrochen. Die ungeheuren Leiden der breiten Volksmassen erfordern dringend revolutionäre Lösungen - die volksdemokratische Revolution Im revolutionären Geist des proletarischen Internationalismus betrachtet sich die von der KPPH/ML geführte Neue Volksarmee als Teil der Kräfte der Weltrevolution gegen den US-Imperialismus sowie den modernen Revisionismus mit der Sowjetunion an der Spitze und gegen alle konterrevolutionären Kräfte" (58).

Die manilafeindliche Politik Peking's rührt hauptsächlich von der engen Verflechtung der Philippinen mit dem "US-Imperialismus" her (und könnte sich in Zukunft bei einer zu starken Anlehnung des Marcos-Regimes an Moskau erneuern). Neben diesem "Hauptwiderspruch" gibt es aber noch verschiedene Konfliktsphänomene kleinerer Dimension. Eines davon ist der Streit um die Spratley-Inseln (chinesisch: Nansha-Inseln). Diese kleine Inselgruppe in dem rd. 1 Mio. qkm umfassenden Südchinesischen Meer, das fast zur Gänze von Peking als Territorialgewässer beansprucht wird (Näheres dazu mit Karte im Abschnitt "Indonesien" B.II) wurde 1971 zum Teil durch philippinische Truppen besetzt.

Gegen diesen Akt erhob Peking scharfen Protest. Schon 1951 habe der damalige Außenminister Chou En-lai in seiner "Erklärung über den amerikanisch-britischen Friedensvertragsentwurf mit Japan und die San Francisco-Konferenz feierlich darauf hingewiesen, daß die Spratley-

Inseln neben anderen Inselgruppen im Südchinesischen Meer "seit jeher zum Territorium Chinas" gehörten. Diese Erklärung sei am 29.5.1956 an die Adresse Manilas erneut abgegeben worden. Am 10.7.1971 habe dann Präsident Marcos die Nansha-Inseln als "umstrittene Gebiete bezeichnet und ganz offen Truppen zur Besetzung mehrerer Inseln entsandt. Die philippinische Regierung müsse "sofort ihre Verletzung der territorialen Souveränität Chinas einstellen und all ihr Personal von den Nansha-Inseln abziehen (59).

China könnte eines Tages, falls dieser Streit sich nicht beilegen läßt, Teile seiner immer stärker anwachsenden Marine als ultima ratio ins Gefecht schicken. Zu den drei Aufgaben der wachsenden chinesischen Seestreitkräfte gehört neben der Küstenverteidigung und der langfristigen Strategie gegen Moskaus wachsende Seemacht besonders auch die Kontrolle der Territorialgewässer (60). Die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen China und den Philippinen könnte dann besonders akut werden, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Nansha-Inseln ebenso wie das umstrittene Seegebiet um Sengaku (Tiao-yü-t'ai) (61) tatsächlich so ölfündig wären, wie es heute vermutet wird.

Es gibt also nach wie vor eine Reihe von Hindernissen auf dem Wege zu einer gegenseitigen Annäherung im Geiste nachbarlicher "Normalität".

Umso erfreulicher ist es, daß das Auslandschinesenproblem, das der VRCh schon so viele Scherereien eingebracht hat, auf den Philippinen bei weitem nicht dieselben Dimensionen angenommen hat wie etwa in den malaiischen Nachbarländern Indonesien und Malaysia, obwohl freilich die Chinesen auch bei der philippinischen Bevölkerung alles andere als beliebt sind. Alles in allem beläuft sich die Zahl der ethnischen Chinesen auf etwa 450 000 Personen, also rund 1,4 % der philippinischen Bevölkerung (62). Von diesen sind etwa 110 700 als "Auslandschinesen" registriert, von denen 37 622 allein im Gebiet von Manila wohnen (63). Der Rest ist entweder eingebürgert oder illegal untergetaucht. Da auf den Philippinen - im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern - das ius soli nicht gilt, kann die Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt (bei nichtphilippinischen Eltern) oder Einheirat, sondern nur auf dem Wege eines komplizierten, restriktiven und teuren Naturalisierungsverfahrens erworben werden.

Obwohl das chinesische Bevölkerungselement auf den Philippinen quantitativ so gering ist, hat es doch - wie ja auch in den anderen südostasiatischen Ländern - eine bedeutsame wirtschaftliche Stellung inne. Nach weitverbreitetem Urteil kontrollieren drei Gruppen von Unternehmern die Volkswirtschaft auf Kosten der Habenichtse:

1. die Amerikaner, die für eine Summe von über 1 Mrd. US \$ auf dem Archipel investiert haben, großen Industriebetrieben und Banken vorstehen und ihre philippinischen Angestellten besser bezahlen als lokale Unternehmungen;

2. ein Dutzend philippinischer Konzerne, die sowohl im In- als auch im Ausland investieren, deren Inhaber sich aber z.T. "auswärts" mehr zu Hause fühlen als im eigenen Land und die ihre Kinder meist auf amerikanischen Schulen erziehen lassen;

3. zahlreiche chinesische Unternehmen, die auf dem Gebiet des Bankwesens, der Versicherungen, des Großhandels, der juristischen und medizinischen Berufe, der Kopra- und der Zuckerindustrie beschäftigt sind und denen nachgesagt wird, daß sie die Wahlen finanziell in ihrem Sinne beeinflussen, dadurch also zum eigentlichen Sündenbock für die Korruptheit der Regierung geworden sind (64).

Von dieser wirtschaftlichen Sonderstellung abgesehen zeigen die meisten Chinesen, besonders die Angehörigen der älteren Generation, eine enge Clan-Verbundenheit, die weitere hohe Sozialbarrieren gegenüber der einheimischen Bevölkerung aufrichtet. Auch gibt es zahlreiche chinesische Schulen, die trotz aller gegenteiligen Forderungen einheimischer Nationalisten vorerst nicht philippinisiert werden können, da sie aufgrund des Freundschaftsvertrages mit der "Republik China" (Taiwan!) von 1946 und des philippinisch-chinesischen Schulabkommens von 1955 betrieben werden. Gegenwärtig gibt es 153 chinesische Schulen aller Kategorien, die von 61 400 Schülern besucht werden. 172 besuchen das College, 3430 die höhere Mittelschule, 9462 die untere Mittelschule, 38 663 die Volksschule und 9 718 Kindergärten. Insgesamt sind 1834 Lehrer beschäftigt, 29 davon am College in Manila (65). Jährlich gehen ferner etwa 30 Studenten nach Taiwan zum Hochschulstudium. Zahlreiche Lehrer erhalten ihre Ausbildung in Taiwan, und auch die Standard-Lehrbücher werden auf Taiwan erarbeitet. Die Regierung in Manila hat jedoch die Einwanderung chinesischer Lehrer aus Taiwan grundsätzlich unterbunden, so daß das Lehrpersonal weitgehend aus den Reihen der Filipino-Chinesen rekrutiert werden muß. Sämtliche chinesischen Schulen müssen außerdem bei der Regierung registriert werden und gelten als Privatschulen. Der philippinische Lehrplan wird vormittags auf Englisch, der chinesische nachmittags auf Chinesisch unterrichtet. Die chinesischen Ausbildungskräfte werden durch die Botschaft Taiwans lizenziert.

Solange die philippinische Einbürgerungsgesetzgebung so streng bleibt wie bisher, muß sie an diesem Schulsystem festhalten, wenn sie die Kinder chinesischer Staatsangehöriger nicht überhaupt ohne Schulbildung lassen will. Solange andererseits aber das derzeitige System aufrechterhalten wird, kommen auch assimilationswillige jüngere Chinesen ohne philippinische Staatsangehörigkeit in Schwierigkeiten, da der Wall zwischen der einheimischen Bevölkerung und ihnen bestehen bleibt.

Die hier kurz skizzierte Situation zeigt deutlich, daß das Auslandschinesenproblem für Peking nicht in allen südostasiatischen Ländern gleich schwer wiegt. Fühlte sich die VRCh während der fünfziger und sechziger Jahre vor allem für die Auslandschinesen in Indonesien

zuständig, so wäre ihr eine solche "Kompetenz" im Falle der Philippinen nie in den Sinn gekommen. Es besteht hier eine faktische Arbeitsteilung zwischen Taipei und Peking. Sollte es aber eines Tages zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Manila und Peking kommen, so wäre die philippinische Regierung gut beraten, wenn sie die Einbürgerung der jetzt schon auf dem Archipel lebenden Chinesen so rasch wie möglich betriebe, um von vornherein eine ähnlich heikle Situation zu vermeiden, wie sie zwischen Indonesien und China wegen des ungelösten Auslandschinesenproblems jahrelang bestanden hat.

Sollte Manila sich zu einer großzügigeren Einbürgerungspolitik durchringen können, so bestünde die Aussicht, daß sich die Auslandschinesen auf den Philippinen weit besser akklimatisierten als in den anderen Ländern Südostasiens. Insofern ist Manila in der glücklichen Lage, nicht auch noch - wie andere Länder - durch ein fast unlösbares Auslandschinesenproblem belastet zu sein.

Mit dem Beginn der siebziger Jahre war es dem Regime in Manila - nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Studenten- und NVA-Unruhen im eigenen Land, sowie der Nixon-Doktrin - klar geworden, daß sich Kontakte mit den bisher vorsorgfältig umgangenen sozialistischen Staaten nicht länger vermeiden ließen. Vor allem galt es, das heiße Eisen China anzupacken. Nach über zwanzig Jahren gegenseitiger "Ignorierungspolitik" konnte hier nur gradualistisch vorgegangen werden.

Erwartungsgemäß fanden die ersten Kontakte auf kommerzieller Ebene statt, wobei führende Geschäftsleute der Philippinen als "Eisbrecher" auftraten. Zur Frühjahrsmesse 1971 erschien eine philippinische Handelsdelegation in Canton und Peking. Sie wurde u.a. von Ministerpräsident Chou En-lai empfangen, der seinen Gästen zu verstehen gab, daß China an guten Beziehungen mit dem Nachbarstaat interessiert sei. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß sich im Archipel eine große "Reislücke" gebildet hatte, kehrte der Delegationsleiter noch einmal nach Peking zurück und verhandelte über den Kauf von 10 000 t chinesischem Reis. Umgekehrt verpflichtete sich China, 3500 t philippinisches Kokosöl abzunehmen.

Getreu ihren volksdiplomatischen Traditionen gestatteten die Chinesen auch mehreren Touristengruppen aus den Philippinen, die VRCh zu besuchen (66). Nach diesen ersten Tastversuchen gab Marcos bereits im Januar 1972 grünes Licht für die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit dem Nachbarstaat (67). Am 4.4.72 erklärte die Regierung, sie werde mit China dabei auf Regierungsebene verhandeln, obwohl bisher noch keine regulären diplomatischen Beziehungen bestünden. Beauftragt mit den Verhandlungen wurde die "National Export Trading Corporation", die von nun an für reguläre Handelskontakte mit China sorgen und auch

periodische Handelsmissionen entsenden sollte (68). Vor allem Jovito Rivera, der frühere philippinische Handelsattaché in Japan, hatte nun Gelegenheit, sein diplomatisches Geschick zu erweisen.

Bis 1971 waren Handelskontakte irgendwelcher Art mit sozialistischen Ländern verboten gewesen. Die Jahre 1971/72 brachten nun endlich den entscheidenden Durchbruch. Dies zeigt u.a. eine Reihe von weiteren Warenabschlüssen mit der VRCh: Im August genehmigte die Regierung in Manila den Ankauf von 2000 t Rohbauxit (69), und im Februar 1973 konnten philippinische Zementfabriken ihren Überschuf in Höhe von umgerechnet 51 Mio. DM an China abstoßen. Auch der Absatz philippinischen Schnittholzes wurde nun diskussionsreif.

Taiwan soll freilich von den Philippinen nur diplomatisch, nicht aber kommerziell abgenabelt werden. Als im April 1972 eine philippinische Handelsdelegation erneut China besuchte, erklärte Chou En-lai, er wünsche unter keinen Umständen, daß die Philippinen ihren Handel mit Taiwan verringerten. Insbesondere wolle China auch nicht solchen taiwanesischen Gütern Konkurrenz machen, die in größeren Mengen nach den Philippinen geliefert würden, da sonst die Wohlfahrt des Volkes von Taiwan beeinträchtigt würde (71a).

Die VRCh und die Philippinen begannen aber nicht nur auf kommerzieller, sondern auch auf humanitärer Ebene einander näherzukommen: Bereits 1971 hatte das Chinesische Rote Kreuz Hilfsgüter im Werte von 70 000 US \$ für Taifun-Opfer geschickt. Als es im Sommer 1972 zu schweren Flutkatastrophen auf dem Archipel kam, stellte China abermals Waren im Werte von 410 000 US \$ für Katastrophenopfer zur Verfügung (70). Zum ersten Mal konnte nun ein chinesisches Schiff in Manila festmachen. Bis dahin hatte kein Staatsbürger der VRCh philippinischen Boden betreten dürfen. Schon diese erste Landung verlief freilich nicht reibungslos, denn gleichzeitig hatte ein taiwanesisches Schiff ebenfalls mit Hilfsgütern angelegt, dessen Besatzung - zusammen mit Mitgliedern der taiwanesischen Botschaft - von Marcos empfangen wurde. Der Präsident bat auch die Mannschaft des volkschinesischen Schiffes zu einem Empfang, erhielt aber - offensichtlich wegen der taiwanfreundlichen Geste - folgende unzweideutige Antwort: "Falls der Präsident mit uns zusammenkommen will, ist er an Bord des Schiffes willkommen. Wir sind Schiffsmannschaften und keine Diplomaten" (71).

Im März 1973 erteilte die Regierung in Manila acht chinesischen Ärzten, die im Auftrag der UNO entsandt worden waren, die Einreisegenehmigung.

Der entscheidende Schritt allerdings, nämlich die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen, steht noch aus, wenngleich sich beide Staaten auch hier im Schneckentempo anzunähern beginnen: Im Februar 1972 hatte der Schwager des Präsidenten Marcos, der Gouverneur von Leyte, Benjamin Romualdez, auf einer als "secret trip" bezeichneten Reise China besucht

und u.a. auch mit Chou En-lai konferiert. Chou soll dem philippinischen Abgesandten dabei versichert haben, daß China keine subversive philippinische Gruppe unterstütze - sei es nun finanziell oder moralisch (72). (Die "moralische" Unterstützung wird allerdings auch heute noch gegeben, wie oben im Zusammenhang mit dem Nachdruck von 'Ang Bayang'-Atikeln in chinesischen Presseorganen ausgeführt wurde). Chou En-lai machte auch deutlich, daß für Peking diplomatische Beziehungen mit Manila nicht in Betracht kämen, solange die Philippinen offizielle Beziehungen zu Taipei aufrechterhielten. Obwohl Marcos früher immer wieder versichert hatte, daß man die Beziehungen zu den alten Freunden in Taiwan unter keinen Umständen aufgeben wolle und daß das Chinaproblem eine ausschließlich innerchinesische Angelegenheit sei, in die Manila sich nicht einmischen wolle, gab Außenminister Carlos P. Romulo am 20.2.72 und dann wieder am 6.9.72 bekannt, daß die Philippinen erst einmal abwarten wollten, wie Japan sich in dieser heiklen Frage verhalten werde (73).

Nachdem nunmehr auch Japan die VRCh diplomatisch anerkannt hat und nachdem in der Zwischenzeit überhaupt eine Politik der Offenen Tür gegenüber den sozialistischen Ländern eingeleitet worden ist, wird nun wohl auch Manila über kurz oder lang

dem Beispiel Tokyos folgen. Da die Philippinen das Eisen schmieden wollten, solange es warm war, boten sie der VRCh einen Besuch der First Lady, Imelda Marcos, der Ehefrau des Präsidenten und ehemaligen Schönheitskönigin der Philippinen an, die ja bereits vorher mit so großem Erfolg eine Visite in Moskau abgestattet hatte. Die Chinesen wiesen jedoch im März 1972 diese halboffizielle Zwischenlösung mit dem Hinweis ab, daß sie an Staat-Staat-Kontakten solange nicht interessiert seien, als Manila seine bisherige Taiwanpolitik fortsetze (74).

Da es in Manila jedoch eine starke Taiwan-Lobby von etwa 600 000 Filipino-Chinesen gibt, wird Marcos sich noch einiges einfallen lassen müssen, wie er zwischen der Skylla Taipei und der Charybdis Peking hindurchsteuern kann.

Inzwischen hat der Präsident ein Sonderkomitee des Kabinetts eingerichtet, das die China-Frage eingehend prüfen soll (75). Am liebsten wäre es der Regierung in Manila, wenn alle fünf ASEAN-Mitglieder gleichzeitig und gemeinsam diplomatische Beziehungen mit Peking aufnähmen. Nach Lage der Dinge bestehen für eine solche Lösung vorerst jedoch noch keine Aussichten.

Weggel

- 1) Näheres zur Person Aquinos in FEER 30.9.72 S.11
- 2) Military Balance des Institute of Strategic Studies London 1971/72 S.44 f.
- 3) G.M.Kahin, ed., "Government and Politics of South East Asia", Cornell University Press, Ithaca/New York, Rev. Edition 1964, S.716
- 4) Der Text der Orders ist abgedruckt in Foreign Broadcast Information Service Bulletin 6.10.72, C.2-P.3
- 5) Military Balance 1972/73 des Institute of Strategic Studies, London, 1972, S.53
- 6) Amado Guerrero, "Philippine Society and Revolution" Hong Kong 1971 S.160
- 7) Das Encomienda-System war eine spanische Einführung, die dazu diente, verdienten Spaniern eine Art "Lehen" zukommen zu lassen, das darin bestand, aus einem bestimmten Dorf oder größeren Gebiet bestimmte Steuern zu vereinnahmen, ohne daß der Encomendero Eigentümer dieser Gebiete wurde. - In den meisten Fällen wurden die Steuern durch die Oberhäupter der einzelnen Barangays - traditionelle Verwandtschaftsgruppen - erhoben (Barangay ist der Name eines bestimmten Bootstyps, mit dem die malaiischen Einwanderer auf die Philippinen gekommen sein sollen). Der 'Cabeza de Barangay', auch 'Datu' genannt, lieferte das Geld, nachdem er es eingesammelt hatte, unter Abzug seiner eigenen "Gewinnspanne" an den Encomendero ab. Das Encomienda-System verschwand zwar bereits im 17. Jhdt., doch wurde nun an seiner Stelle das spanische Konzept privaten Bodeneigentums eingeführt, das es den durch das Encomienda-System geübten 'Datús' erlaubte, immer mehr Land an sich zu ziehen. Dadurch entstand eine neue ökonomische Klasse, deren Repräsentanten auch heute noch in Form der "400 Familien" auf den Philippinen existieren.
- 8) z.B. a) Commonwealth Act No.21 von 1936
b) Land Reform Act von 1955 (unter Präsident Ramon Magsaysay). Hauptziel: Der Großgrundbe-

sitz einzelner Privatleute darf 300 ha nicht überschreiten; der Rest wird enteignet.

- c) Agricultural Land Reform Code 1963 (unter Präsident Macapagal): 75 ha maximal für privaten Grundbesitz
- 9) Magsaysay: 1953-1957
Macapagal: 1961-1965
- 10) Die Tabelle ist entnommen aus "The Far East and Australasia 1973. A Survey and Directory of Asia and the Pacific", London, Europe Publication Ltd., 5th Edition 1973, S.555
- 11) NZZ 1.7.73
- 12) Jahresbericht 1971/72 des Ostasiatischen Vereins Hamburg, Hamburg 1972, S.227
- 13) Bericht von Patrice de Beer in "Le Monde" 22.2.73
- 14) FEER Year Book 1973, S.253 f.
- 15) Ebenda, S.253 f.
- 16) Luis Taruc, "He Who Rides the Tiger - The Story of an Asian Guerilla Leader", New York-Washington-London 1967, S.12 f.
- 17) Ebenda, S.67 ff.
- 18) Ebenda, S.88
- 19) Ebenda, S.81-88
- 20) Victor Lieberman, "Why the Huk Balahat Movement Failed", Yale University, South East Asia Studies, New Heaven, Conn., 1968, Reprint Series No.24, S.22-30 (22)
- 21) Ebenda, S.29
- 22) FEER, Asia Year Bool 1973, S.253
- 23) Eduardo Lachica, "Huk: Philippine Agrarian Society in Revolt", Manila, 1971, S.179 f.; vgl. auch Justus M.van der Kroef, "Communism and Reform in the Philippines", Pacific Affairs, Spring 1973, S.29-58 (33)
- 24) Vgl. u.a. Ca.Aug.72, S.7f.
- 25) FEER 23.1.71, S.19 ff.
- 26) NZZ 28.9.72
- 27) FEER 30.9.72

- 28) van der Kroef, aaO S.36
 29) Malakka wurde 1509 durch den Portugiesen Alfonso d'Albuquerque erobert.
 30) FEER 26.3.73, S.14
 31) FAZ 3.2.73
 32) Ebenda
 33) FEER 14.5.73, S.29
 34) Manche Schätzungen sprechen von 14-16 000 Aufständischen. FEER 7.5.73 S.16
 35) Zitiert in Times 16. u.17.3.73
 36) FEER 26.3.73, S.16
 37) Ebenda S.16
 38) Robert O. Tilman, "The Philippines in 1970: A Difficult Decade Begins" Asian Survey 1971, S.139
 39) Le Monde 22.2.73
 40) FEER Year Book 1973, S.254
 41) Zitiert in Asian Almanac 1972, S.5162
 42) Vgl. die Statistiken für die Jahre 1969, 1970, 1971 in "The Far East and Australasia 1973. A Survey and Directory of Asia and the Pacific," London 1973, S.563
 43) Le Monde 22.2.73
 44) Douglas F. Loveday, "The Role of US Military Bases in the Philippine Economy", RAND, Santa Monica/Cal. April 1971
 45) Zu den Betrachtungen, die die Sowjets und die Philippinen im gegenseitigen Verhältnis anstellten vgl. die Zusammenstellung bei Mizan, May/June 1968, Vol. X/3, S.96-101. Das eigentliche Thema, das in den sechziger Jahren wirkliches Interesse bei sowjetischen Presseorganen hervorrief, war der wachsende Anti-Amerikanismus der Philippinen. Außerdem beobachtete man aufmerksam die beiden wichtigsten Parteien der Philippinen, die Liberalen und die Nacionalista. Während zu den Liberalen keinerlei Kontakt möglich schien, wurden die Nacionalista-Vertreter nach und nach "salonfähig".
 46) Näheres Asian Almanac 1972, S.5161
 47) Näheres Asian Almanac 1972, S.5160 f.
 48) OAV-Bericht aaO. S.343
 49) Asian Almanac 1972, S.5162
 50) OAV-Bericht aaO, S.215
 51) Ebenda S.280
 52) George Kahin, "The Asia-African Conference", Bandung, Indonesia, April 1955, S.13 ff.
 53) Zitiert u.a. in New York Times, 25.4.55
 54) Kahin, aaO, S.13
 55) Chapel Hill, University of North Caroline Press, 1956
 56) PRu 1969, Nr.35 S.17 f.
 57) SWB 3976-A/III, S.10 ff. und PRu 1972, Nr.3 S.8 ff.
 58) PRu Nr.17 S.13 ("Erklärung der Philippinischen Neuen Volksarmee anlässlich des 2. Jahrestages ihrer Gründung")
 59) PRu Nr.30 S.20
 60) Näheres dazu Oskar Weggel, "Chinas Marine beginnt die Flagge zu zeigen", C.a.72/Okt., S.31-33
 61) Näheres zum Sengaku-Problem vgl. Yü-Hsi Nieh, "Der Streit um die Klippeninsel Tiao-yü-t'ai und das Problem des Festlandssockels im Ostchinesischen Meer", in: Verfassung und Recht in Übersee 1971, S.443;455
 62) Lea E. Williams, "The Future of the Overseas Chinese in South East Asia", New York-Toronto-London-Sydney 1966, S.11
 63) Nach der Zählung von 1968, zitiert bei David W. Chang, "Current Status of Chinese Minorities in South East Asia", Asian Survey 1973, S.587-603 (593)
 64) Ebenda, S.592
 65) Ebenda, S.594
 66) FEER 30.10.71, S.21
 67) Näheres Asian Almanac 1972, S.5071
 68) Asian Almanac 1972, S.5160
 69) Asian Almanac 1972, S.5499
 70) NCNA 24.7.72
 71) Asian Almanac 1972, S.5499
 71a) Näheres C.a.1973/7 Ü-59
 72) Manila Times, 20.2.72
 73) Asian Almanac 1972, S.5498
 74) Asian Almanac 1972, S.5160
 75) FEER 18.3.72, S.8

CHINESISCHE UND LYBISCHE "KULTURREVOLUTION"

Am 15.4.1973 kündigte der Staatschef von Libyen Oberst Khadhafi, in Tripolis die lybische "Kulturrevolution" an. Ziel dieser Revolution soll es sein, "Libyen von politischer Krankheit zu reinigen" und im Geiste des islamischen Sozialismus neu erstehen zu lassen. Die Kulturrevolution sei nötig wegen der schlechten Arbeitsmoral eines Großteils der Bevölkerung und wegen der Unwilligkeit der Intellektuellen, aufs Land zu gehen und dort den Bauern zu helfen. Die Ärzte in der Oase Ghadames seien beispielsweise Palästinenser, weil kein Libyer dorthin gehen wollte. Ferner müßten ausgerechnet tunesische und ägyptische Arbeiter das große Bewässerungsprojekt in der Oase Kufra durchführen, weil kein Libyer sich dafür zur Verfügung stelle. Überdies gingen nur Lehrer aus Tunesien und Palästina in die entfernteren Landesteile, jedoch kein Libyer. Damit müsse nun Schluß sein.

In einem Fünf-Punkte-Programm umriß Khadhafi sodann die Strategie seiner "Kulturrevolution":

1. Alle reaktionären Gesetze seien außer Kraft gesetzt. Niemand solle sich "nach hieraler Manier" auf ein Gesetz berufen können, um eine Arbeit zu verweigern oder ein Projekt zu sabotieren. Statt an den weltlichen Gesetzen, die ja ohnehin noch von dem am 1.9.1969 gestürzten Regime stammten, sollten sich die Libyer an der Scharia, dem koranischen Reli-

gionsgesetz also, orientieren.

2. Säuberung des Landes von allen "politisch Kranken". "Kranke" sind für Khadhafi alle Elemente, die sich "gegen die Revolution oder gegen das Volk verschwören". Dazu gehörten vor allem die Kommunisten, die Moslem-Brüder (eine 1928 in Ägypten entstandene Geheimsekte, die wegen ihrer ständigen Einmischungspolitik in ihrem Ursprungsland bereits von Nasser weitgehend aufgerieben worden war) und schließlich alle Personen, die für "westliche Denkart" werben.

3. Volle Freiheiten für das arbeitende Volk und entschiedene Maßnahmen gegen Schmarotzer, die sich dem "Wohlleben auf Kosten des Volkes" ergeben. Gleichzeitig Bewaffnung der revolutionären Volksmassen. Wer gegen die Revolution ist, wird keine Waffen erhalten, vielmehr werden die Waffen auf seine Brust gerichtet.

4. Einleitung einer Verwaltungsrevolution und Ausschaltung der bürgerlichen bürokratischen Klasse.

5. Vorgehen gegen Bibliotheken, Universitäten und westliche Lehrbücher, Verbrennung importierter Bücher. "Wir müssen dem Buch Gottes, dem Koran, folgen; wenn wir das tun, ist jeder Gedanke, der ihm widerspricht, als Irreleitung zu werten; er kommt von Satan und muß vernichtet werden" (1).

Grundlagen der lybischen Kulturrevolution sind neben dem Islam der Panarabismus, der Kampf gegen Zionismus, Kommunismus, Kapitalismus und gegen